

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Mitteilung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag (letzter) früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 20. Februar 1923.

Nr. 41.

Das „milde“ Schubgesetz.

Eine der landesüblichsten Pflanzen ist die Heuchelei. Man hält nämlich grundsätzliche Verlogenheit für ein unerlässliches Werkzeug der Politik. Freilich ist auch die Politik darnach. Als die deutschen Sozialdemokraten den Antrag auf Einsetzung eines nationalen Ausgleichsausschusses einbrachten, lehnten die Mehrheitsparteien den Antrag mit der Begründung ab, das Parlament könne nicht in einer Zeit, da es alle Hände voll mit der Schaffung von Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise zu tun habe, mit der Lösung der nationalen Frage beschäftigt werden. Seit der Niederstimmung des Antrages gab sich die allnationale Brüderschaft nicht einmal die Mühe, die frivole widerliche Heuchelei durch eine vorgetäuschte Geste zu beschönigen. Jetzt wird wieder von ihr und ihrer Presse in allen Tonarten und mit frommem Augenaufschlag beicuert, daß das Gesetz zum Schutze der Republik von ausgesuchter Milde sei, und daß dabei in keiner Weise von einem Ausnahmengesetze die Rede sei. In Wahrheit steht die Sache so: der Entwurf des Gesetzes ist geradezu die Quintessenz der Grausamkeit und es werden sich, wenn das Gesetz in der vorliegenden Fassung beschloffen und in vollem Umfange gehandhabt wird, die Kerker der Republik als zu klein erweisen. Der dadurch notwendig werdende Neubau von Strafanstalten würde allerdings eine seltsame Art der Hebung der Bautätigkeit darstellen. Es wimmelt in dem Gesetz nur so von Kerker- und Gefängnisstrafen, als ob in der Häufung von Grausamkeiten ein sadistisches Gemüt die Befriedigung seiner perversten Gelüste gesucht hätte.

Am empörendsten ist, daß der Entwurf den Wert des Menschenlebens nach zweierlei Maß einschätzt. Nicht nur Versuch des Mordes, auch die körperliche Beschädigung an gewissen Personen begangen, wird ungleich schwerer bestraft, als bei anderen Menschen. Wird an einer durch das Gesetz nicht besonders geschützten Person ein Mord- oder Tötungsversuch unternommen, so wird der Täter nach dem alten Strafgesetze schlimmstenfalls mit einigen Jahren Kerker bestraft, wobei das Verdikt der Gesellschaft und das Urteil des Gerichtes auf mildernde Umstände Rücksicht nehmen können. Dasselbe Verbrechen an dem Präsidenten der Republik, den Ministern, Abgeordneten und Senatoren und einer Reihe anderer Personen begangen, wird in jedem Falle — wenn es „wegen ihrer öffentlichen Tätigkeit“ begangen wurde — mit lebenslänglichem schweren Kerker bestraft, wobei der Richter das Recht zur Herabsetzung der Strafe nicht hat, wenn die Tat in Kriegszeiten oder in einer Zeit, wo die öffentliche Ordnung in größerem Umfang gestört war, begangen wurde. Verstößt es gegen das demokratische Empfinden, daß der Entwurf in der Wertung der Strafwürdigkeit von Angriffen auf Menschen so ungleich verfährt, so ist es widerförmig und ungerecht, daß er Taten, die zu gewissen erregten Zeiten begangen werden, da der Wille des einzelnen den Einwirkungen der Zeitereignisse stärker unterliegt als sonst, schwerer und unnachlässiger zu bestrafen sucht, als zu gewöhnlichen Zeiten begangene.

Nur keine Milde! Das ist auch sonst der Zeitgedanke des Gesetzes. Das Recht des Richters, bei der Strafbemessung mildernde Umstände anzuwenden, ist auf ganz unbedeutende Reste eingeschränkt. Der Versuch eines Angriffs auf das Leben eines Mitgliedes des Parlamentes, auf den lebenslängliche Kerkerstrafe gesetzt ist, kann selbst, wenn der verjüngte Angriff ohne gesundheitliche Folgen geblieben ist, in keinem Falle mit einer mildernden Strafe als mit 10 Jahren schweren Kerkers gesühnt werden. Denselben Geist der Rache atmet der § 35 des Entwurfes, der bei allen nach dem Gesetz begangenen Straftaten die bedingte Verurteilung fast vollständig ausschließt. Bei Vergehen und Übertretungen — keinesfalls bei Verbrechen — kann wohl auf bedingte Verurteilung erkannt, doch wird diese Möglichkeit kaum jemals ausgenutzt werden, da der Entwurf die der weitestgehenden Aus-

legung Raum gebende Bestimmung enthält, daß auch dann eine bedingte Verurteilung nur erfolgen kann, „wenn das öffentliche Interesse den Vollzug der Strafe erfordert“. Das „öffentliche Interesse“ wird da gewiß prompt die gewünschten Dienste tun!

Da den Verfassern des Entwurfes die Bedrohung aller Missetäter durch ungeheuerliche Kerker- und Gefängnisstrafen noch zu gering erscheint, wollen sie vorsehen, daß das Gericht neben der Freiheitsstrafe auch auf eine Geldstrafe erkennen kann. Diese Strafe ist für Übertretungen von 50 bis 10.000 Kronen, für Vergehen von 200 bis zu 50.000 Kronen und für Verbrechen von 1000 bis zu 500.000 Kronen auszumessen. Außerdem kann das Gericht bei einigen Delikten aussprechen, daß von dem Vermögen des Verurteilten ein bestimmter Teil dem Staate verfällt. Unsozial ist die Bestimmung, daß bei uneinbringlichen Geldstrafen die Zeit der Ersatzstrafe nach der Schuld zu bemessen ist. Dadurch werden gerade die unbemittelten Verurteilten am schwersten betroffen werden, die die über sie verhängte Nebenstrafe nicht zahlen können und denen die Geldstrafe nicht, wie bisher, nach einer festgesetzten Norm, sondern nach dem Ermessen des Richters über den Grad der Schuld in eine Freiheitsstrafe umgewandelt werden soll. Die Maßstäbe, welche der Entwurf zu etablieren sucht, findet ihren Ausdruck auch darin, daß bei Strafen von mindestens einem Jahre der Verurteilte seiner bürgerlichen Ehrenrechte (darunter sind auch die akademischen Würden und Verweise, Ruhe- und Versorgungsrenten zu verstehen) verlustig wird. Selbst bei Strafen unter einem Jahre kann der Verlust der Ehrenrechte eintreten, wenn das Gericht erkennt, daß die Tat aus niedrigen (wieder der behnbare Kautschuk!) und unehrenhaften Beweggründen begangen wurde. Es wird nicht schwer fallen, die „niedrigen“ und „unehrenhaften“ Beweggründe schon aus der Tat herauszubestillieren.

Die Heuchelei, die sich etwas darauf einzubilden sucht, daß in dem Entwurf für das Schubgesetz nirgends von Todesstrafe die Rede ist, was sie als einen Beweis dafür auszugeben sucht, daß es im Vergleich zum reichsdeutschen Schubgesetz „milde“ ist, läßt sich leicht überführen. Die Möglichkeit zu dieser Heuchelei gibt die Fassung des Gesetzes, die nur vom Versuch des Mordes, nicht aber vom Mord selbst spricht. Erst im § 36 wird neben den Paragraphen, nach welchen die Vornahme der Hauptverhandlung vor dem Staatsgerichtshof anzusetzen ist, auch plötzlich das Verbrechen des Mordes aufgezählt, obwohl im ganzen Entwurf vom Mord nicht die Rede ist. Das bedeutet nicht nur, daß die Todesstrafe weiterhin in Geltung bleibt, sondern daß der an bestimmten Personen vollbrachte Mord nicht mehr der Judikatur der Schwurgerichte, sondern jener des Staatsgerichtshofes untersteht. Die bedeutende Verschärfung gegenüber den bisherigen Strafbestimmungen liegt schließlich auch darin, daß jeder Mord- oder Tötungsversuch auch bei Personen unter zwanzig Jahren mit lebenslänglichem Kerker bestraft wird!

Der Entwurf des Schubgesetzes ist das Prototyp einer Haß- und Rachejustiz, wie sie vordem nie in ähnlichem Maße ein Ausnahmengesetz aufzurichten suchte. Aus jeder Zeile spricht nicht nur blinde Angst, die jede Besinnung verloren hat, sondern auch ärgste Gehässigkeit gegen alles und alle, die, sei es auch nur die Entwicklung der Verhältnisse im Staate zu wirklich demokratischen anstreben. Die Väter des Entwurfes haben, indem sie diese Mißgeburt des Rechtes ins Leben zu setzen suchten, dem Staate und der friedlichen Entwicklung seiner innerstaatlichen Verhältnisse einen schlechten Dienst erwiesen. Die Parteien aber, die ihn beschließen helfen sollten, vor allem die sozialistischen, würden das unauslöschliche Stigma, Helfershelfer der brutalsten Reaktion gewesen zu sein, sich selber aufdrücken.

Das Schubgesetz im Verfassungsausschuß.

Eine Rede des Abg. Genossen Dr. Ludwig Czewj.

In der gestrigen Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses hielt Abg. Dr. Czewj eine großangelegte eindrucksvolle Rede gegen das zur Beratung stehende Gesetz zum Schutze der Republik. Er führte u. a. aus:

In erster Linie muß man sich die Frage vorlegen, ob es überhaupt notwendig ist, Verfassungen etwa die Bedürfnisse der Bevölkerung, des Staates, eine Neuregelung der für das Gesetz in Betracht kommenden Verfassungs- oder Rechtsverhältnisse? Man wird hier nach triftigen und sachlichen Gründen ganz vergebens forschen. Immer und immer wieder stoßt man nur auf politische Erwägungen. Je mehr man den Schleier, der die Gesetzmaterie umhüllt, lüftet, den Geist, aus dem es geboren und geformt ist, ergründet, umso offenkundiger wird: Hier wird die

Justiz in den Dienst der Politik

gestellt, hier wird sie zur Dienerin der Gewalt gemacht. Solche betrübliche Erscheinungen treten immer in den Zeiten des politischen Niederganges, des geistigen und sittlichen Verfalls der herrschenden Klassen auf. Sie entspringen der falschen Einschätzung des Wertes der Gewaltmethoden gegenüber den sich durchdringenden Geistesströmungen, gegenüber den an die Oberfläche strebenden sozialpolitischen und wirtschaftlichen Ideen. Diese Erscheinungen sind letzten Endes nur ein Beweis der völligen Ohnmacht der Rechtshaber, sie sind zum Teil auch der letzte aussichtslose Versuch, sich — wenn nicht anders — so durch Gewalt, durch Niederhaltung jedweder freiesittlichen Regierung an der Macht zu erhalten. Die Geschichte kennt zahlreiche Analogien des Mißbrauches der Justiz durch ein auf künstliche Machtverhältnisse aufgebautes Regime, aber auch gleichzeitig des unmittelbar darauf folgenden Zusammenbruches des Systems, das ausschließlich auf drohnischen Befehlen, politischer Stiefel, auf Staatsanwälten und Galgen, auf Polizeifabeln und Gendarmenbajonetten aufgerichtet ist.

Auch die Machthaber dieses Staates sind aneinander auf dem besten Wege zu dieser Verirrung und ahnen es anscheinend nicht, daß dadurch zwangsläufig das Fundament ihrer Herrschaft untergraben und das

Gewaltssystem ad absurdum

geführt wird. Was hat die Koalitionsparteien auf den Weg der Ausnahmengesetzgebung geführt? Der Motivenbericht ist diesbezüglich von einer geradezu beschämenden Wortfäulnis. Auch der Referent Dr. Medvecký konnte zur Begründung einer derart tief ins Leben einschneidenden Vorlage nichts Wesentliches vorbringen.

Die Bedeutung des Attentates auf den Finanzminister soll keineswegs verkannt werden. Auch wir verabscheuen den Mordanschlag und haben für das Opfer — nach diesem fürchterlichen Ringen um Leben und Tod — nur die aufrichtigste menschliche Teilnahme. Auch für uns ist die Brownung kein Argument und nur ein Reflex des durch die schmachtvollen Treibereien des Kapitalismus in seinen Grundfesten erschütterten politischen Lebens. Der auf dem Boden des Marxismus stehende Sozialismus hat von der ersten Stunde an den Standpunkt vertreten, daß die Wirksamkeit einzelner Menschen eng begrenzt ist, daß sie als einzelne Menschen im Weltgetriebe — mögen sie auch noch so sehr im Vordergrund des öffentlichen Lebens stehen — nur eine untergeordnete Rolle spielen können. Die Ueberschätzung des Einzelschicksals beruht auf der Verkennung der Tatsache, daß politische und wirtschaftliche Systeme und Machtverhältnisse nicht durch Beseitigung einzelner Menschen geändert, daß die Macht der Kapitalistenklasse nicht durch die Beseitigung ihrer Träger gebrochen, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Ausfüllung ihrer Führer herbeigeführt werden kann. Im Gegenteil, durch diese Stumpfheit werden die politischen Kämpfe nur noch gesteigert und verfälscht, das System aber nicht entwirrt. Attentate sind immer Wasser auf die Mühle der Reaktion gewesen und dies hat sich auch bei dem Attentat auf den Finanzminister Hr. Raschín wieder einmal gezeigt. Aber so sehr man auch das Attentat auf den Finanzminister verurteilen mag, so darf man doch keinen Augenblick den Raschín Blick für alle in Betracht kommenden Verhältnisse verlieren. Man darf vor allem nicht übersehen, daß hinter dem Attentäter Soupal keine Partei, keine Organisation, kein gesammelter Wille, keine organisierte Bewegung gestanden ist. Unter solchen Umständen, für den Kampf gegen Dr. Raschín

ausschließlich die sogenannten destruktiven Elemente des Staates verantwortlich machen zu wollen, ist ein sinnloses Beginnen, das nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Das Attentat auf Raschín gegen die oppositionellen Parteien auszunutzen und damit das Aientat der Machthaber auf die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte, auf unsere Freiheit, auf unser politisches Leben, auf die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen zu begründen und zu rechtfertigen, das hieße die Tatsachen auf den Kopf stellen, die Verlogenheit und Lüge zum Prinzip erheben.

Auch das Proletariat hatte vielfach schwere Opfer aus seinen Reihen zu beklagen. Jetzt vor 10 Jahren wurde Franz Schumeyer von einem Christlichsozialen niedergemacht, im Jahre 1914 J. P. J. ermächtigt wird, wird Bedrohung hat es — ausgenommen die Anrede vom Kaiser Karl und König Sofia, dessen bildliche Darstellung durch die Prager Perlewerkfirma Cerný auf der Rückseite alter Kaiserbilder die ganze tschechische Öffentlichkeit durch einige Stunden in helle Aufregung, dann aber in besterter Stimmung verfehle, nicht gegeben. Auch der Boeranprozeß hat keinerlei wie immer geartete Tatsachen zur Folge gefördert, die seine Auslöschung für reaktionäre Maßnahmen rechtfertigen würden. Noch am 6. Jänner, am Tage nach dem Raschín-Attentat, schrieb die offizielle „Prager Presse“:

Lebnecht, Luxemburg, Garais und Eisner

hingenordest. Damals ist es dem durch diese Attentate so hart betroffenen Proletariat nicht eingefallen, nach Ausnahmengesetzen zu rufen. Erst als man in Deutschland vor einer weitverzweigten, wohlorganisierten und wohlbewaffneten monarchistischen und nationalistischen Bewegung stand, als in Deutschland Hunderte von Opfern gefallen waren, leitende Köpfe der Arbeiterbewegung zum Teil niedergemacht, zum Teile auf die Proscriptionsliste gesetzt wurden, entschloß man sich, mitten in einer giftgeschwängerten Atmosphäre, zu Schubgesetzen zu greifen.

In der tschechoslowakischen Republik ist über die republikanische Staatsform durch niemanden bedroht. Sie ist bis auf gewisse Bedeutungslosigkeit und feudale Kreise Gemeinart der ganzen Spürs am 1. März l. J. ermächtigt wird, wird Bedrohung hat es — ausgenommen die Anrede vom Kaiser Karl und König Sofia, dessen bildliche Darstellung durch die Prager Perlewerkfirma Cerný auf der Rückseite alter Kaiserbilder die ganze tschechische Öffentlichkeit durch einige Stunden in helle Aufregung, dann aber in besterter Stimmung verfehle, nicht gegeben. Auch der Boeranprozeß hat keinerlei wie immer geartete Tatsachen zur Folge gefördert, die seine Auslöschung für reaktionäre Maßnahmen rechtfertigen würden. Noch am 6. Jänner, am Tage nach dem Raschín-Attentat, schrieb die offizielle „Prager Presse“:

„Die tschechoslowakische Regierung hält die Ergreifung irgendwelcher besondrerer Maßnahmen nicht für notwendig, ein Zeichen der Stärke, aber auch eine Vertrauensfundierung an die Einsicht und den politischen Sinn des Volkes. Eine strenge Untersuchung wird die Motive und die Wurzeln des Verbrechens bloßlegen, dem Raschín zum Opfer gefallen ist. Die Gesetze und Organe unseres Staates sind ausreichend, um nach der gewonnenen Erkenntnis nicht nur die Tat zu sühnen, sondern auch um eine Wiederholung unmöglich zu machen. Diesen Beweis werden wir vor dem In- und Auslande erbringen und dadurch zeigen, daß alle jene, die unserer Republik Vertrauen schenken, recht haben, daß unsere Republik wirklich jener konsolidierte Staat in Mitteleuropa ist, für den unsere Freunde und uns anfeuern und daß sie zu fest steht, als daß ein noch so ernster und noch so belagener Vorfall sie ernstlich erschüttern könnte.“

Das ist wohl deutlich genug. Und wenn heute alle Koalitionsparteien und alle Koalitionsblätter sich förmlich in Symmen auf das Ausnahmengesetz ergeben, und alle, die das Gesetz ablehnen, zu offenen Staatsfeinden erklärt werden, dann muß dies seine besonderen Gründe haben.

Kaum war das Attentat geschehen, begann man sofort auf nationalsozialistischer Seite das Attentat zu fruchtifizieren. Die Rede ging auf allen Seiten los, gegen Deutsche und Moravien, gegen Juden, gegen Kommunisten, gegen alles, was sich nur jemals gegen die offizielle unzulässige Meinung aufzulehnen gewagt hätte. Die

Sozialistische Koalitionspresse

die ursprünglich sehr scharf abwinkte — besonders das „Česko Slovo“ —, begann plötzlich weich zu werden und fiel um. Und nun ging es dann mit Vollbampf in die Arme der Reaktion, welche den Augenblick für gekommen sah, zu einem wuchtigen Schläge gegen die Demokratie, die Arbeiterbewegung und jede oppositionelle Regierung anzuholen, den letzten Rest der Freiheit, den die Revolutionstage vom Oktober 1918 gebracht hatten, zu rauben, das ganze öffentliche und vor allem das

politische Leben unter Kontrolle und Druck zu stellen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates hatten sich nämlich gerade in den letzten Wochen wieder sehr wesentlich verschärft. Der nationale Krebserkrankung der tschechischen Arbeiter ist verfloren, nur sehen sie das wirklich nackte Leben vor sich. Eine völlig zusammengebrochene Produktion, auf der ganzen Linie Kurzarbeit und großer Verdienst, 600.000 Arbeitslose, fortgesetzte Lohnkürzungen, unzulängliche Arbeitslosenunterstützungen, Teuerung. Damit war die Machtposition der kapitalistischen Klassen ins Wanken geraten. Aber auch politisch veränderte sich das Bild des Staates sehr stark. Denn auch die Minderheiten des Staates, denen man die ohnedies große Nation ihrer in den Friedensverträgen niedergelegten Rechte immer mehr zuschnitt, wollten sich durch den Terror der Nationalisten nicht klein fügen lassen. Dieser Bewegung, die mit dem Attentat nicht das Geringste zu tun hatte, glaubte man am bequemsten und verlässlichsten durch ein diktatorisches Gesetz Herr werden können, als ob wir in diesem State an selbst gebräuteten und vom alten Oesterreich übernommenen papierernen Gesetzen

nicht schon übergenug hätten. Auch jüngere aber, schon angekränkelte staatliche Organisationen können, wenn man ihnen noch so viele und noch so große Gesetzesmengen injiziert, nicht gesund gemacht und schon gar nicht dauernd gesund erhalten werden. Nicht durch Bekämpfung der Krankheitserscheinungen, sondern nur der Krankheitsursachen vermag man den kranken Organismus wieder zu neuem Leben zu bringen. Nicht durch Einkerkelung der Arbeiter, die nach Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit rufen, vermag man die sozialen Kämpfe der Arbeiter zum Schweigen zu bringen, sondern nur durch die Beseitigung der sozialen Schäden und Ungerechtigkeiten.

die der jetzigen Wirtschaftsordnung den Stempel aufdrücken. Nicht durch Abtötung jeglicher freien Regung im State, nicht durch Gendarmen- und Polizeiaufgebot, Niederschlagung der Presse und Verfolgungen vermag man die Minderheiten dieses Staates, die die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, zur Mitarbeit und zum Mitaufbau des Staates heranzuziehen, sondern nur durch eine vernünftige, friedliche und gütliche Auseinandersetzung im Rahmen der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung.

Verständigen Sie sich, meine Herren, endlich mit dem neuen Zeitgeiste, geben Sie dem ganzen Volke die gleichen sozialen und politischen Rechte, und Sie werden nicht nur mit den bestehenden Gesetzen das Ansehen finden, sondern auch den ganzen reaktionären Gesetzesballast, den Sie aus dem alten Oesterreich herübergenommen und ihren staatlichen Zwecken dienlich gemacht haben, sehr bald abschütteln können.

Was ist nach dem Gesetze nicht alles ein „Staatsgeheimnis“, was nicht ein Dokument und ein anderer Beweis über rechtliche Beziehungen der Republik zu anderen Staaten? Kann nicht schließlich jedes schärfere Wort gegen die „verfassungsmäßigen Faktoren“ als ein „Aufreizen“, „Anspornen“, „Schmähen“ erklärt und als solches verdunnert werden? Was kann nicht alles als „Einwirken“ auf die Behörden, „in einer bestimmten Richtung“ angesehen werden? Wie leicht kann jede einfache Autonomiebestrebung in einen Kampf gegen die „Anteilbarkeit des Staates“, jede Vereinigung von Arbeitern in eine „geheime Organisation“ umgewandelt, aus einer einfachen Zeitungsmeldung die Inhaftierung zu ohnendende Verbreitung unwahrer Nachrichten fabriziert, aus dem Eintreten für die sozialistische Gesellschaft und einen sozialistischen Staat ein Kampf gegen die „demokratisch-republikanische Staatsform“ konstruiert werden? Wenn man alle diese faustschularartigen Bestimmungen vor sich sieht und sich schon die bisherige Rechtsprechung vor Augen hält, dann überläuft einen heute schon in wahres Grausen. Daß der Entwurf natürlich auch unsere alten guten österreichischen Bekannten, alle die

Antiquitäten des alten aus der Zeit Maria Theresias

jianmend übernommen und zu einem Nebe von Schutzbestimmungen für die anderen verfassungsmäßigen Faktoren ausgestaltet hat, das soll nur nebenbei erwähnt werden. So kommt es, daß unsere Justiz, die schon bisher trotz der länglichen Handhabung der Hochverratsparagraffen der Tummelplatz ernstester politischer Leidenenschaften gewesen ist, in Hinblick auf den Gebiete der Partei, Klassen- und Bestimmungsvorgänge wahre Organe feiern wird. Das können die sozialistischen Mitglieder der Koalition ganz zu übersehen. Eigentlich empfinden sie es schon, aber sie suchen sich darüber durch allerlei Tröstungen hinwegzutäuschen. Im vorigen Monat wurde in Mährisch-Strau ein Arbeiter vom Kreisgericht zu mehreren Wochen bedingt und dann vom Oberlandesgericht Brünn zu 6 Wochen unbedingte verurteilt, weil er seinem Empfänger Ausdruck gegeben hat, daß die einzige Rettung für die Arbeiterschaft die sozialistische Republik sei. Hat nicht auch das Parteigesetz, das die tschechischen sozialistischen Parteien mit Behemung betrieben haben, sich in erster Linie gegen die sozialistischen Arbeiter gelehrt?

Dabei schweigt der Entwurf geradezu wöllustig in drückendsten Straffagen. Ungezählte Jahre und Jahrzehnte schweren Meters fliegen im Gesetze nur so durcheinander. Man vergleiche den Kurzwert der sogenannten Staatsicherungen oder besser gesagt, Sicherungen der bürgerlichen Gesellschaft und der Bourgeoisie, so wie er sich aus dem im Schutzgesetz vorgesehenen Straffagen ergibt, mit dem Kurzwert der menschlichen Ar-

beitskraft — und wir wissen, woran man in dieser Gesellschaft eigentlich ist.

Doch der Clou der Vorlage ist seine raffinierte

Unaufrichtigkeit,

die sich in den entscheidenden Bestimmungen des Gesetzes immer wieder manifestiert. Das Schutzgesetz weiß sich den Anstrich eines modernen Gesetzes zu geben, indem es von Haus aus die Todesstrafe aus seinen Straffagen ausgeschlossen hat. Damit ist aber die Todesstrafe für politische Delikte absolut nicht abgeschafft. Im Gegenteil, sie bleibt uns erhalten und es wird der Gerichtshof, wie aus dem Paragraph 36 des Gesetzes hervorgeht, da er auch bei politischen Morden zu judizieren hat, die Todesstrafe handhaben. Es ist dies dadurch ermöglicht worden, daß man — wie sich aus der Gegenüberstellung des vom „Rube Bravo“ verlaufbaren und des in Verhandlung stehenden Gesetzesentwurfes ergibt — nur den verurteilten Mord an dem Präsidenten in das Gesetz einbezogen, den vollbrachten einfach ausgeschlossen und unter das allgemeine Recht gestellt hat. Dann kann man sehr leicht behaupten, daß man ein modernerer Staat sei als Deutschland, welches den politischen Mord mit der Todesstrafe oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Die Schutzvorlage gibt sich den Anschein eines modernen Gesetzes, indem sie trotz der ursprünglichen gegenständlichen Auffassung die Schwurgerichte für gewisse politische Delikte und zum Teil auch für die Verheißung beibehält. Aber die Freude an der Beibehaltung der Schwurgerichte schwindet bei gründlicher Lektüre des Paragraph 36 sofort, denn dort wird es der Willkür des öffentlichen Anklägers anheingelassen, das Schwurgericht durch die bloße Erklärung, daß er sich mit einem Straffage unter 5 Jahren begnüge, jederzeit auszuscheiden. Damit ist das Schicksal des Schwurgerichtes, dieser Ertragsmaschine der über Revolution einfach in die Hände jedes Staatsanwaltes gelegt.

Es ist daher schier zu wenig gesagt, wenn man die Gesetzvorlage nicht nur als

reaktionär bis in die letzte Falte

hinein bezeichnet, sondern auch als raffiniert unehrlich.

Und nun die Bestimmungen zum Schutz der Ehre des Präsidenten. Schon der allrömische Kaiser Theodosius machte sich über Meisterei- und Zünfte lustig und meinte: Redet jemand über von unserer Person und unserer Regierung, so wollen wir ihn nicht strafen, tut er es aus Leichtsinne, so muß man ihn verachten, tut er es aus Torheit, so muß man ihn beklagen, war es böswillige Verleumdung, so muß man ihn verzeihen. In England kennt man Majestätsbeleidigungen überhaupt nicht und würde jeden auslachen, der damit kame. Majestätsbeleidigungen widerstreben dem kardinalen Grundsatz der Demokratie, daß alle Menschen gleich sind, und daß daher auch der Präsident der Republik nicht außerhalb des Gesetzes gestellt werden kann, schon gar nicht — und das ist das Allerheiligste — der gewesene Präsident.

Betrachten wir eine weitere Seite der Vorlage: Die Revolution des Jahres 1848 brachte uns die

Pressfreiheit und das Schwurgericht,

an welchem auch das reaktionäre Oesterreich, von den Jahren 1851 bis 1869 und den Perioden des Ausnahmezustandes abgesehen, nicht zu rütteln wagte. Man mag über gewisse Geschworenenverurteile aus früherer und aus der letzten Zeit denken wie man will, sie bleiben doch ein unentbehrliches Requisite der wahren Demokratie und Volkssouveränität. Es ist ja wahr, sie haben in letzter Zeit einige Fehlurteile gefällt, über welche man im In- und Auslande ganz bedenkenlich den Kopf schüttelte, aber sie haben auch auf der anderen Seite viel Gutes geschaffen und in vielen Fällen die so notwendige ausgleichende Gerechtigkeit dargestellt. Verbringen hätte in allen Fällen, in denen das Schwurgericht nach unserem Rechtsempfinden verurteilt, auch das ordentliche Gericht aus der gleichen politischen Atmosphäre und dem gleichen politischen Willen heraus kaum Wunder wirken können; denn noch immer sind die Richter ihrer Mehrheit nach Klassenangehörigen der Träger der herrschenden Gewalt und schließlich nur Menschen. Darum wollen wir an den Geschworenengerichten nicht rütteln lassen, die, wenn es beim Paragraph 36 der Vorlage bliebe, einfach schon vom kleinsten Staatsanwalt außer Wirksamkeit gesetzt werden könnten. Im alten Oesterreich mußte, wenn das Schwurgericht beseitigt werden sollte, Regierung und Parlament auf den Plan treten; bei uns aber wird dies beispielsweise der Staatsanwalt von Reuttsheim in seinem eigenen Wirkungsbereich zu dekretieren in der Lage sein. Bei den großen politischen Delikten aber wird die Ausschaltung des Schwurgerichtes eben auf Grund des Schutzgesetzes automatisch vor sich gehen.

Sie vergessen an die Torturen der tschechischen Presse im alten Oesterreich und vergessen an das Wort Pacals: Das objektive Verfahren hat dem alten Polizeistaate in der Praxis Tür und Tor geöffnet, jedoch man glaubt, das Pressegesetz heiße nur deshalb so, weil man durch dasselbe derart gepreßt wird. Sie werden natürlich darauf entgegnen, daß in letzter Zeit eine

Verwildern der Presse

eingetreten sei, daß dieser Verwildern gesteuert werden müsse und daß sie an der Verwildern des öffentlichen Lebens die Schuld trage. Bei jedem scharfen Worte, das aus der oppositionellen Presse kommt, fährt man in Koalitionskreisen fürchterlich auf, was aber dürfte nicht alles ungestört und unangesehen in der Koalitionspresse gefagt werden.

Meine Herren, wollen Sie, daß mit gewissen Mißständen aufgeräumt wird, schaffen Sie vor allem bei sich Ordnung, wollen Sie der

Presse gute Sitten einbläuen, dann fangen Sie vor allem bei der eigenen an. Wollen Sie, daß sich die Bevölkerung auf den gesetzlichen Boden stelle, dann

stellen Sie die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Zustände im State her,

geben Sie in der Slowakei und in Karpathenruthland die gesetzliche Ordnung, schreiben Sie die Wahlen für die Gemeinden und Bezirksvertretungen aus, beseitigen Sie endlich das Krugelpatent, schaffen Sie sich die zahllosen kaiserlichen Hofdekrete, deren sich Ihre Bürokratie auch heute noch bedient, endlich vom Leibe, lassen Sie das Ermächtigungsgesetz verschwinden, mißbrauchen Sie es nicht, machen Sie keine Hausdurchsuchungen, lösen Sie die Vereine und Versammlungen nicht auf, konfiszieren Sie die Presse nicht, respektieren Sie die Verfassung und lassen Sie die Pflichten und die Verantwortlichkeit nicht bloß für das Volk, sondern auch für die Minister gelten, beschließen Sie endlich das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, für das wir Ihnen durch unseren Antrag die Unterlage geschaffen haben. Die Demokratie gibt nicht nur Rechte, sondern sie schafft auch Pflichten, nicht bloß für die misera plebs, sondern auch für die herrschenden Klassen.

Wenn Sie den gesetzlichen Zustand auf der ganzen Linie hergestellt haben werden, dann erst werden die

Vorbedingungen für eine ruhige Entwicklung im State

geschaffen sein. Diese ruhige Entwicklung wollen die jetzigen Machthaber nicht herbeiführen und

Die täglichen Gewalttaten im Ruhrgebiet.

Siegreich gegen die Schutzpolizei.

Essen, 19. Feber. (Wolff.) Heute morgens wurde durch 10 Tanks und zwei Kompanien Infanterie das Quartier der Schutzpolizei umstellt. Die Wankschaften wurden entwaffnet und das Gebäude besetzt. Gleichzeitig sperrten die Franzosen sämtliche Polizeireviere ab und entwaffneten dort die Schutzpolizisten. Da diese ohne Waffen keinen Dienst tun wollen, ist die Stadtschutzpolizei in der Besatzungstruppen durchzogen vormittags die Straßen. Im Stadtteil Hölsterhausen öffneten sie gewaltsam die wegen des Streiktes geschlossenen Geschäfte und entnahmen ihnen Lebensmittel.

Wie aus Dortmund gemeldet wird, sind heute morgens fünf Regimenter Infanterie von Bochum her in Ammerich auf Dortmund.

Das französische Militärgericht in Mainz verurteilte den Vorstand des Kreuznacher Amtsgerichtes zu 14 Tagen Gefängnis, weil er von den Franzosen verurteilt nicht ins Amtsgerichtsgefängnis aufnehmen wollte. Er wurde mit seiner Familie ausgewiesen.

Faustrecht.

Düsseldorf, 18. Feber. (Sabas.) Da sich die Gemeindevertretung von Gelsenkirchen nach der Befehung gelweigert hat, die ihr auferlegte Geldstrafe von 100 Millionen Mark zu bezahlen, wurden 110 Millionen in den Gemeindefassen beschlagnahmt. Die französischen und die belgischen Okkupationsbehörden wenden in Essen eine „neue Methode“ (!) an, um die Geschäftsleute zur Lieferung von Waren und Nahrungsmitteln an die Okkupationsstruppen zu veranlassen. Ein Lastauto mit Militärbegleitung fährt von einem Geschäft zum anderen und jeder Geschäftsinhaber, der sich weigert, Ware herzugeben, wird sofort verhaftet und abgeführt. Dieses Vorgehen hat gute Resultate zur Folge. Die Geschäftsleute sind viel nachgiebiger. — Schandbar ist die stolze Genugtuung, mit der Sabas diesen Gewaltstreich erzählt.

Berkschärfung des Ruhrkampfes.

Berlin, 19. Feber. (Eigenbericht.) Die Vertrauensleute der Rheinschiffer haben eine Verschärfung des Kampfes beschlossen. Jede Reparatur französischer Schiffe wird eingestellt. Auch belgische, französische, holländische und schweizerische Schiffe werden, wenn sie Kohle führen, nicht befördert werden, da es sich herausgestellt hat, daß die Franzosen und Belgier unter fremder Flagge Kohlen geführt haben. Die Rheinschiffer sind zu jeder weiteren Verschärfung des Kampfes entschlossen, verlangen aber von der Regierung die Ausnützung jeglicher Verhandlungsmöglichkeit.

Weitere Gewalttaten.

Berlin, 19. Feber. (Eigenbericht.) Einer Meldung der „Berliner Zeitung am Mittag“ zufolge wurde Postdirektor Busch und Telegrapheninspektor Hamel von französischen Major Kriegsgericht wegen Spionage zu drei Monaten beziehungsweise 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die beiden Beamten sollen laut französischer Behauptung ein Telegramm über militärische Maßnahmen (Truppenstärke der Franzosen, Truppenverchiebungen, Dislokationen usw.) im besetzten Ruhrgebiet an ihre vorgefekte Frankfurter Bekörde geleitet haben. Die Verurteilten mußten trotz Protest die Strafe sofort antreten.

Der Standpunkt Englands.

Berlin, 19. Feber. (Eigenbericht.) Ueber den Standpunkt Englands wird bekannt, daß

rufen nun, da sie sich in ihrer Machtstellung bedroht fühlen, nach dem Ausnahmegesetz. Sie verlangen den Schutz nicht für die Republik, sondern für sich selbst, nicht um die republikanische Staatsform bangt es ihnen, sondern um die Kapitalistische Wirtschaftsordnung, nicht um die Sicherheit der Herrschaft des Volkes, sondern um die der Bourgeoisie.

Wahrlich, es wäre ein Krummesblatt für unser Parlament, wenn es sich in dieser schweren Stunde mannhafte benehmen und stark zeigen und dieser Vorlage, die im Wesen die Internation der reaktionären Gesinnungsverfolgung und politischen Knechtung ist, das verdiente Schicksal bereiten würde.

In der gestrigen Sitzung des verfassungsräthlichen Ausschusses gedachte der Vorsitzende Abg. Dr. Huban des Todes Dr. Raschins. Nach dem Abg. Genossen Dr. Czech sprach Abg. Kalla, der das Gesetz als ein Ausnahmegesetz bezeichnete und darauf hinwies, daß selbst im alten österreichischen Herrenbus die Vorlagen der Regierung sorgfältiger und eingehender behandelt wurden. Der berüchtigte Minister Bach hat bei der Ernennung des aus dem Jahre 1803 stammenden österreichischen Straffgesetzbuches gesagt: „Bei diesen gesetzlichen Bestimmungen reichen nicht zum Schutze einer demokratischen Republik aus! Sodann sprachen die Abg. Körmenndy, Pafen, Madda und Zuzsila, worauf der Vorsitzende die Verhandlungen unterbrach und die Fortsetzung auf Dienstag einhalb 10 Uhr ansetzte.

eine englische Vermittlung erst unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen könnte. In einer Plenarsitzung der deutschen gesetzgebenden Körperschaften sollte eine Erklärung erfolgen, in der die Regierung unter Garantie der Volksvertretung genaue Daten darüber vorlegte, bis zu welchem Grade Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen genügen will. Die Industriellen mühten sich dieser Erklärung dahin anzuschließen, daß sie bereit sind, die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Diese Erklärungen sollten dann vom Reichstag angenommen werden und in einem Manifest der Nation kundgemacht werden. Außerdem mühte dieses Manifest von den Vorständen aller politischen Parteien unterzeichnet werden. Das sei der offizielle Standpunkt des englischen Außenamtes, der in den heutigen Londoner Zeitungen veröffentlicht sei. Der „Vorwärts“ empfiehlt dem Reichskanzler diesen Vorschlag zur Erwägung.

Regierungspräsident Genoffe Dr. Grünner ausgewiesen.

Düsseldorf, 18. Feber. (Sabas.) Die Ausweisung des Regierungspräsidenten Dr. Grünner erfolgte wegen seines für die Militären beleidigenden Protestschreibens gegen die Verhaftung des Bürgermeisters von Duisburg.

Was Deutschland bisher geleistet hat.

Berlin, 19. Feber. (Wolff.) Nach der erstmaligen amtlichen Zusammenstellung über die tatsächliche Höhe der wesentlichen deutschen Leistungen und Lieferungen jeglicher Art aus dem Friedensvertrage, Vorverträgen und Zusatzabkommen für die Zeit vom 11. November 1918 bis 30. September 1922 leistete Deutschland in Goldmilliarden 5,6 für das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, 1,0 für die Saargruben, 1,9 für nichtmilitärische Rücklastgüter an der Westfront, 2,3 für rollendes Bahnmateriale und Rheinbrücken, 6,0 für See- und Binnenfahrzeuge, 2,3 für Kohlen und Koks zum Weltmarktpreise, 11,7 für deutsches Eigentum im Auslande, 8,6 für abgetretene Forderungen Deutschlands an die ehemaligen Verbündeten, 2,7 für Vorkaufungen einschließlich der Ausgleichszahlungen, 3,5 für sonstige Leistungen, zusammen 45,6 Goldmilliarden. Dazu kommen in Ausführung des Friedensvertrages 1,4 für abgelieferte Kriegsschiffe ausschließlich der Scapabucht-Flotte, 6,3 für sonstige militärische Ausrüstung, 2,7 für industrielle Ausrüstungen, 0,5 für innere Ausgaben. Das ergibt zusammen 56,5 Goldmilliarden, was einer Gesamtsumme von 282,5 Billionen Papiermark bei einem Dollarkurs von 20.000 gleichkommt. Der Wert Eisafschlößlingen und der Kolonien ist nicht eingerechnet. Unter ihrer Hinzurechnung beträgt die Gesamtleistung über 100 Milliarden Goldmark. Hierzu kommen dann noch alle Besatzungskosten.

Sanktionen wegen „Ministerbesuchs“.

Paris, 19. Feber. (Tsch. P. P.) Wegen des erneuten Besuchs deutscher Minister im besetzten Gebiet ist ein Vorschlag des Oberbefehlshabers Begoutte in Erwägung gezogen worden. Er prüfte die Frage, ob es angebracht sei, den Sanktionen, die den Besuch von Ministern enthalten, Sanktionen in Form von Strafkontingenten aufzuerlegen. Auch andere Sanktionen seien nach dieser Richtung in Vorbereitung.

Angliedfälle im Bahnbetrieb.

Düsseldorf, 18. Feber. (Sabas.) Die Lage im Eisenbahnverkehr ist unverändert. Gisterntlich zwischen Eresfeld und Dinn ein belgischer Militärzug auf einen französischen Le-

he n s mittel jug. Ein Belgier, welcher gerade die Straße überschritt, wurde getötet. — In einem mit französischen Sappentzen und Genietruppen besetzten Zuge fuhr ein Dabhausen fünf zusammengepackte Lokomotiven von hinten auf, wobei zehn Personen getötet, drei schwer und acht leicht verletzt wurden. Die Ursache des Unfalles ist bisher nicht bekannt.

Die Lage spitzt sich im Ruhrgebiet immer mehr zu. In den letzten Tagen häufen sich die Meldungen über Gewaltmaßnahmen der Franzosen unter offenkundiger Billigung der französischen Führung. Konnte man bei früheren Vorgängen dieser Art vielleicht noch Entgegnungen eines einzelnen Offiziers annehmen, so sieht jetzt fest, daß man von Paris aus Degoutte freie Hand gelassen hat, Degoutte, der Militär, der Mann, der wie jeder Militär, nur seinen „Auftrag“ sieht, der nicht gehemmt wird durch irgend eine Einsicht in politische und psychologische Wirkungen, führt seine rein militärische gestellte Aufgabe rücksichtslos durch. Wo ihm Widerstand entgegensteht, das heißt wo ein Deutscher weagt, sich nicht blindlings zu unterwerfen, wird zugegriffen — mit Gewalt. Menschen werden mißhandelt, gefesselt, niedergebrosen und nach dem Gesetze der Massenpsychologie werden in den Menschen, die solche Arbeit verrichten sollen, die schlimmsten Instinkte entfesselt. Es ist tatsächlich eine rasende Soldateska, die jetzt auf die Ruhrbevölkerung losgelassen wird, und es ist schwer, ohne innere Bewegung all die empörenden Vorgänge zu registrieren, die sich in diesen Tagen abgepielt haben. Versuchen wir trotzdem eine Analyse der Handlungsweise der Franzosen vorzunehmen, so zeigt sich auch hier eine gewisse Zwangsläufigkeit: In Paris kann man nicht mehr zurück, man hat sich politisch zu sehr engagiert. Die Methoden der „friedlichen“ Durchbringung haben durch den passiven Widerstand total versagt. Ob man will oder nicht, man muß einem Militär die ganze Arbeit überlassen, und man wird nun selbst nicht mehr diesen Verlauf der Entwicklung in der Hand haben. Werden nun die Ruhrarbeiter, auf die es besonders ankommt, die Nerven behalten? Das ist die bange Frage, die niemand beantworten kann. Was aber kommen würde, wenn das nicht mehr möglich ist, wäre nur dem Schicksal der Franzosen zu überlassen. Bis jetzt ist es noch möglich gewesen, mit äußerster Anspannung und der größten Selbstbeherrschung, die Ruhrbevölkerung zum Ausdauern zusammenzuhalten. Eine andere Bevölkerung wäre unter der Last dieser Bedrückung schon längst zusammengebrochen. Wenn der Damm aber bricht, entstehen Komplikationen, die heute noch unüberschaubar sind. In voller Würdigung dieser Situation haben die Bergarbeiter ihren Aufruf erlassen. Warum weisen sie u. a. darauf hin, daß auch Kommunisten und Unionisten mit ihrer Politik bewußt oder unbewußt die Pläne Poincarés unterstützen. So stehen die Dinge in diesen Tagen und die Welt hat alle Ursache, besondere Aufmerksamkeit auf die neue Phase des schweren Kampfes im Ruhrgebiet zu lenken.

Eine monarchistische Mordtat in Wien.

In Wien ist Samstag nachts ein schweres Verbrechen verübt worden. Ein Verbrecher aus den Reihen der Monarchisten hat einen sozialdemokratischen Arbeiter ohne jeden Anlaß erschossen. Die schwarzgelben Legitimisten hatten in einem Gasthaus im dreizehnten Bezirke eine Versammlung abgehalten. Dieses Gasthaus ist zugleich auch der Sitz eines sozialdemokratischen Sportklubs und fünf bis sechs Genossen, die dort anwesend waren, kümmerten sich gar nicht um die monarchistische Versammlung, obwohl sie davon wußten. Der Zufall wollte es, daß zur selben Zeit, da die Versammlung der Reaktionäre zu Ende war, auch die sozialdemokratischen Arbeiter das Gasthaus verließen, von denen zwei in dieselbe Straßengasse einströmten, mit welcher die Monarchisten heimführten. Zwei der Arbeiter aber gingen zufällig hinter einem Trupp von Legitimisten, die den Weg ebenfalls zu Fuß zurücklegten. Ohne jeden Anlaß hieben plötzlich die Monarchisten mit Knütteln auf die beiden Arbeiter ein. Als die Arbeiter aus der Tramway ausstiegen, um den beiden bedrohten Genossen zu Hilfe zu kommen, fielen aus der Straßengasse auf sie und die Geprügelten acht Schüsse. Einer der Genossen, der 24jährige, verheiratete Arbeiter Franz Birneder, war auf der Stelle tot. Zwei Arbeiter, Franz Rattusch und Franz Bednarik, wurden schwer verletzt. Die Monarchisten waren mit der Straßengasse weggefahren und entsamen den verbleibenden Wachen, die die Verfolgung sofort aufnahmen. Wie die „Arbeiterzeitung“ in ihrer Sonntagsummer berichtet, handelt es sich um die konstituierende Versammlung der neuen Legitimistenpartei. Noch Samstag nachts wurden drei der Versammlungsteilnehmer verhaftet.

Dazu wird uns aus Wien, den 19. Feber telephoniert: Der Mord der Monarchisten hat unter der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen. Die Mordtat ist von der „Stara“-Gruppe der Hakenkreuzler begangen worden, die von den Hakenkreuzern gemietet wird, um für sie die Terrorakte zu begehen. Diese Gruppe hat auch vor einigen Tagen den Vortrag des Professor Nicolai und seinerzeit den Vortrag Dr. Girschfelds geprügelt. Von den 16 Verhafteten, die daran beteiligt waren, sind bereits 15 verhaftet worden und auch der Name des sechszehnten ist der Polizei bekannt. Unter den 15 Verhafteten sind neun Arbeitslose, die jedoch nicht aus Ueberzeugung Hakenkreuzler sind, sondern von diesen gegen Bezahlung für die Mordtat gedungen wurden. Der Tote wurde heute obduziert, wobei das Projektil nicht gefunden wurde. Es wurde festgestellt, daß die verschiedenen Projektils, die in der Nähe des Tatortes aufgefunden wurden, von dreierlei Kalibern stammten. Die Täter haben demnach mehrmals geschossen. Ein zweites Mal haben sie noch auf Arbeiter geschossen, die an dem Abend an der Tatortstelle nach Hause gingen. Gestern vormittag fand in Diebing eine Arbeiterversammlung statt, in der die Erregung so groß war, daß es den Vertrauensleuten nur mit Mühe gelang, die Massen zu beruhigen. Die Teilnehmer der Versammlung jagten dann dennoch vor die Häuser einiger bekannten Monarchistenführer, wo es zu großen Kundgebungen kam. Der Führer der Monarchisten Oberst Wolf hat den Genossen Deutsch angerufen und ihm erklärt, daß seine Partei mit den Hakenkreuzlern nichts zu tun habe. Mit diesen Lausbuben gebe sich die monarchistische Partei nicht ab.

Das Begräbnis des Opfers findet Samstag nachmittags statt.

gang auf den Streik von Einfluß sein müsse. Aus diesem Grunde wird der Rationalrat der kommunistischen Bergarbeiter auf Dienstag zur Beratung der Lage einberufen. Die Mitteilung schätzte die Zahl der Bergarbeiter, die gestern in Frankreich ausständig waren, auf 125.000, ferner hat sich der Bergarbeiterstreik im Süden von Albanien und Bosnien ausgedehnt. In Marinet ist der Ausstand allgemein, sogar die Wasserpumpen werden nicht mehr bedient.

Zur Ermordung des Warschauer Metropoliten.

Am Abend des 8. Februar verlangte der Archimandrit Smaragd aus Cholm eine Audienz bei dem Metropoliten der orthodoxen Kirche in Polen, dem Bischof Georg in Warschau. Er wurde auch vorgelassen und blieb über eine Stunde bei dem Metropoliten. Beim Weggang zog er einen Browning und gab drei Schüsse auf den Metropoliten ab, von denen schon der erste tödlich war.

Daß ein derartig unerhörter Mord eines hohen kirchlichen Würdenträgers an einem anderen möglich war, ist zweifellos zum Teil eine Folge des fanatischen und widerwärtigen Kultus, den gegenwärtig in Warschau die gesamte Reaktion mit dem Präsidentenmörder Niewiadomski treibt. Aber man muß zu vollem Verständnis der Tat auch auf die kirchenpolitisch zurückgehen, die Polen gegenüber der russisch-orthodoxen Kirche in seinem Lande betreibt. Abscheulich von Schikanen und Bedrückungen, wie Zerschlagung von Kirchen und Wegnahme von Kirchenbesitz, hat die polnische Regierung seit Jahresfrist eine planmäßige Trennung der russisch-orthodoxen Kirche in Polen von ihren natürlichen und historischen Zusammenhängen mit Moskau betrieben. Der ermordete Metropolit war ein gefügiges Werkzeug dieser polnischen Politik. Das hat ihm jetzt das Leben gekostet, denn weite Kreise der Orthodoxen in Polen und ihrer Gefolgschaft haben in dem Vorgehen Polens und des Metropoliten eine Vergewaltigung ihrer Rechte.

Polens Ziel, das faktisch bereits erreicht ist, besteht darin, eine selbständige orthodoxe Kirche in Polen herzustellen, die von dem Patriarchen in Moskau unabhängig ist, sowie etwa die „autoforthodoxen“ Kirchen Rumaniens, Bulgariens und anderer orthodoxer Länder. Die polnische Regierung strebt auch auf dem Standpunkt, daß die Selbständigkeit der orthodoxen Kirche in Polen bereits zu Recht besteht, da sie von einer Synode der orthodoxen Bischöfe des Landes beschlossen worden ist. Aber abgesehen davon, daß dieser Beschluß nur durch die Einschüchterung und Amtsenthebung der widerstrebenden Bischöfe möglich war, ist die Zuständigkeit der Synode grundsätzlich zweifelhaft.

Von der polnischen Kirchenpolitik gegenüber der orthodoxen Kirche werden mehrere Millionen polnischer Staatsangehöriger vorwiegend ukrainischer und wehrnütziger Nationalität in den polnischen Ostprovinzen betroffen. Sie pakt in das System der Unterdrückung und Verfolgung, das Polen seinen nationalen und konfessionellen Minderheiten gegenüber handhabt und das sich an Polen selbst am meisten rächen wird.

Volksabstimmungen in der Schweiz.

Bern, 18. Feber. (Schw. Dep. Ag.) Die schweizerische Volksabstimmung verwarf mit großer Mehrheit die Konvention mit Frankreich betreffend die Befestigung der zollfreien Zonen am Genfer See und deren Ersetzung

die Reichsgewerkschaft der deutschen Presse in der tschechoslowakischen Republik unter dem Vorhine der Herren Dr. Blau und Dr. Vocher eine gemeinschaftliche, sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, in der die gegen die Pressefreiheit gerichteten Bestimmungen des vorerwähnten Gesetzes zum Schutze der Republik besprochen wurden. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Das vorerwähnte Gesetz, das entgegen der wiederholten Versprechungen, bei der Schaffung preßgesetzlicher Bestimmungen die beteiligten Organisationen zurate zu ziehen, ohne Mitwirkung, ja sogar ohne Anhörung der genannten Verbände ausgearbeitet wurde, beinhaltet die denkbar schwersten Verstöße gegen den von den Forderungen einer demokratischen Entwicklung untrennbaren Grundsatz der Pressefreiheit. In der vorliegenden Fassung klammert es sich nicht nur an alle, dem geltenden veralteten Preßgesetz enthielten, gegen die freie Meinungsäußerung gerichteten Bestimmungen, sondern sieht weit darüber hinausgehende Maßnahmen vor, die jeden einzelnen Mitarbeiter einer Zeitschrift nicht nur in der freien Ausübung seines Berufes, sondern auch in seiner wirtschaftlichen Existenz auf das schwerste bedrohen. Der Nachrichtenendienst wird lahmgelegt und die freie Kritik, die vornehmste Aufgabe einer pflichtbewußten Presse, unmöglich gemacht, die Zeitung zu einer Dienerin allmächtiger Bürokratien erniedrigt. Die genannten Verbände fordern die gleichgehenden Körperkassen auf, jede weitere Einschränkung der ohnehin eingezogenen Pressefreiheit mit allem Nachdruck zurückzuweisen.“

Ministerbesuche. Dienstag, den 20. d. entfallen bei sämtlichen Kabinettsmitgliedern die Besuche.

Senatsitzung. Der Senat hält Mittwoch, den 21. d. um 12 Uhr eine Sitzung ab.

Der Tod Raschins.

Sonntag um 13.50 Uhr wurde gemeldet, daß Minister Dr. Raschin um 11 Uhr starb. Der ärztliche Befund über den Tod des Ministers lautet: Als Folgen des Rückenmarkdurchschusses stellten sich im Laufe der sechswochenlangen Krankheit folgende Komplikationen ein: Wiederholte Brustfellentzündung, intercurrente Lungenpneumonie, Decubitus, eitrige Entzündung der Harnblase; unmittelbare Todesursache: Herzlähmung. — Die Bestattung des Verstorbenen findet Mittwoch, den 21. Feber um 14 Uhr vom Pantheon aus statt. Nach einem Erlaß des Unterrichtsministeriums unterbleibt an diesem Tage der Schulunterricht. Die Mittelschulen und die ihnen gleichgestellten Unterrichtsanstalten werden durch diesen Erlaß angewiesen, an diesem Tage eine Trauerfeier zu veranstalten. Eine solche Trauerfeierlichkeit ist auch für die Volksschulen in Groß-Prag, Brünn, Troppan, Preßburg, Ungvár und in den Zigen von Bezirksschulausschüssen (Bezirksschulinspektoren) angeordnet. Sonntag, um 16 Uhr nachmittags fand an der Burg in Prag ein außerordentlicher Ministerrat statt, in welchem der Vertreter des Ministerpräsidenten, Minister des Inneren Raschpetr, eine Trauerkundgebung vortrug. Nach dem letzten Willen des verstorbenen Finanzministers soll an seinem Sarg ein Mitglied des Revolutionsausschusses und entweder der Ministerpräsident Svehla oder Minister Stříbrný oder Senator Soukup sprechen. Dr. Raschin hat letztwillig verfügt, daß sein Leichnam eingeäschert werden soll.

Ein Handschreiben Rajarhts an die Regierung.

Prag, 19. Feber. Der Präsident der Republik hat an den Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der tschechoslowakischen Republik ein Handschreiben gerichtet, in dem es heißt: Dr. Raschin ist heute der verbrecherischen Verletzung erlegen; ich handle in seinem Geiste, wenn ich Sie und Ihre Kollegen in der Regierung ersuche, mir ehestens einen Vorschlag zur Besetzung des Finanzministeriums zu machen. Durch umfängliche Festigkeit wird es der Regierung gelingen, das Vermächtnis Raschins, die Ordnung und Konsolidierung der staatlichen Finanzen zu bewahren; der neue Minister wird im Interesse des Staates auf von Dr. Raschin gelegten Grundlagen organisch weiterbauen.

Zeit dem Tage seiner Verwundung besaß ich mich mit Dr. Raschin — dem Finanzmann, dem Politiker, dem Menschen, dem Menschen: dessen Festigkeit und Entschiedenheit, dessen starker Wille und Unnachgiebigkeit bereits sprichwörtlich geworden sind, über diese Charakteristik ist nicht vollständig, weil sie kein Herz nicht einschließt. Dr. Raschin war nicht nur ein fester Charakter, er war auch ein lieber Mensch; wie er Argumenten, auch der Feinde, zugänglich war, so verstand er es auch, ein treuer und inniger Genosse und Freund auch einem weiten Kreise, der über seine geliebte Familie hinausreichte, zu sein. Dr. Raschin war ein wahrhaft tschechischer Mann: einfach, ein Arbeiter, ein Mann von Stahl und Herz. Seine politische Meinung befandete Dr. Raschin gleich bei der Dm Ladina und segte diese Richtung während des Weltkrieges fort. Wir wurden gleich zu Beginn des Krieges Mitarbeiter; im Jahre 1915 war unsere revolutionäre Zusammenarbeit bereits sehr intim. Er heugte sich Österreich nicht; und als er im Jahre 1917 aus dem Kerker entlassen worden war, nahm er dabei die politische Führung in die Hand. Seine Entlassung erwartete ich im Auslande sehr gespannt; indem ich wußte, daß er an der Spitze des heimischen Abwehrkampfes steht, hatte ich das Gefühl der Sicherheit. Warum hat ihn das Schicksal um so bald und so unerwartet entlassen? Was hat sein Tod für

Telegramme.

Der französische Bergarbeiterstreik.

Der Samstag.

Paris, 17. Feber. Ueber die Lage des französischen Bergarbeiterstreiks von heute vormittag macht das Ministerium für öffentliche Arbeiten folgende Angaben: Im Departement Pas de Calais annähernd dieselbe Lage wie gestern. Die Zahl der Streikenden beträgt 5000 von 52.000. Im Departement Nord 1700 Streikende von 7000 Arbeitern. In Auiche 4600 Streikende von 7900 Arbeitern. Heute nachmittags fanden Zusammenkünfte zwischen den Unternehmern und den Arbeitern der Departements Pas de Calais, Nord und des Loiregebietes statt. Die Unternehmer haben sich zu einer Lohnreduktion von drei Franken für Erwachsene und von zwei Franken für Jugendliche bereitwillig. Da jedoch die Arbeitervertreter diese Vorschläge ihren Auftraggebern unterbreiten wollen, wurde kein Beschluß gefaßt. In den Departements Ore und Loire herrscht fast vollständiger Streik. Von 6000 Arbeitern fahren nur 800 ein. Im Departement Saone und Bourde du Rhone wird außer an drei Stellen fast normal gearbeitet.

Paris, 19. Feber. Der kommunistische Bergarbeiterverband nimmt in einer Kundgebung die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um 3.25 Franken in den Nordgruben zur Kenntnis und erklärt, die Arbeit werde erst dann aufgenommen werden, wenn diese Forderung nach Vollerhebung in sämtlichen Grubenbezirken durchgeführt sein wird.

Vor Vereinbarungen.

Paris, 18. Feber. (Tsch. P. B.) Es hat den Anschein, daß die Streikbewegung der französischen Bergarbeiter von morgen an eine Wendung erfährt, da die Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern in den Bergwerksbezirken im Norden bis Pas de Calais und in denen von Auich gestern zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Die Bergarbeiter erhalten für die Zeit vom 1. bis 15. Feber eine Lohnreduktion von zwei Franken täglich für alle Arbeiter über 16 Jahren. Diese Summe wird nachgezahlt. Ferner wird vom 16. Feber ab eine Erhöhung des Lohnes um 3.25 Franken für die Schicht zugestanden. Nach Mitteilungen der Agence Havas hat sich der Ausstand im Norddepartement gestern sehr ausgedehnt. Immerhin scheint aber die kommunistische „Humanität“ die Auffassung zu vertreten, daß die gestern in Douai erzielte Ein-

durch ein Handelsabkommen. Die großen politischen Parteien hatten die Abstimmung freigegeben. Die Presse der französischen Schweiz gab im allgemeinen die Parole für die Annahme der Konvention aus. Die deutsch-schweizerischen Journalen waren geteilter Meinung. Das Volksbegehren, daß Personen, welche die innere Sicherheit des Landes gefährden, in Schutzhaft genommen werden müssen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Inland.

Dr. Bibensky wird gegen das Gesetz zum Schutze der Republik stimmen? Gestern fand, wie das „Rude Pravo“ meldet, in Kalbau eine Versammlung der tschechischen Nationalsozialisten statt, in der der gewesene Minister Dr. Brebenšly referierte. Er erklärte, daß die Regierungsvorlage des Gesetzes zum Schutze der Republik für ihn in der derzeitigen Fassung unannehmbar sei. Er werde, wenn die Paragrafen 7 bis 14 und der Paragraf 17 nicht abgeändert werden, gegen das Gesetz stimmen. Die Verantwortung für die Nichtigkeit dieser Meinung muß dem „Rude Pravo“ überlassen werden.

Widwestmanieren des „Pravo Lidu“. Wir sind nun seit geraumer Zeit die bewußten Verdröhungen und handgreiflichen Lügen des Zentralorgans der tschechischen Sozialdemokratie gewohnt, aber was sich dieses im Schimpfen und im Abreden von der Linie der sozialistischen Politik nun geradezu hemmungslos in seiner Nummer vom letzten Sonntag erlaubt, übersteigt alle Grenzen und soll deshalb zum dauernden Gedenten festgehalten werden. Zunächst stellt die Redaktion des „Pravo Lidu“ fest, daß sie „im Prager Organ der deutschen Sozialdemokratie bisher keine sachliche Kritik des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik gelesen“ habe. Eine solche Behauptung kann nur dazu angetan sein, die tschechischen Arbeiter, die nicht die Gelegenheit haben, das Zentralorgan unserer Partei zu lesen, zu verägen. Denn wir bringen in unserem heutigen Blatt bereits den sechsten kritischen Artikel über das famose Gesetz zum Schutze der Republik, was doch die Redaktion des „Pravo Lidu“ unmöglich übersehen konnten. Auf derselben Stufe steht das bewußte Sich-dummstellen der Redaktion des „Pravo Lidu“, das darin besteht, daß es, wie das genannte Blatt schreibt, der Zweck des Gesetzes zum Schutze der Republik sei „die nationalen Gegenstände zu mähia“. Einen solchen habheblichen Unsinn glaubt dem „Pravo Lidu“ wohl nicht einmal ein Schullind. Anstatt auf unsere sachliche und ausführliche Kritik des Entwurfes des Gesetzes zum Schutze der Republik einzugehen, die Stellung der tschechischen Sozialdemokratie wenigstens zu erklären, wie man die Pathologie eines Kranken Anbidiums erklärt, schreibt das „Pravo Lidu“, daß in der Redaktion des „Sozialdemokrat“ „deutsch-nationale Schmeichelei“ über „ausuchen, daß jedes weitere Wort, an die Adresse des „Pravo Lidu““ überflüssig ist, da absehbar jedermann gerade in der Stellung der tschechischen Sozialdemokratie zum Schutze der Republik die Verantwortung dieser Partei kennt hat. Da dem so ist, davon möge die Redaktion des „Pravo Lidu“ das Urteil, welches die „Arbeiterzeitung“ vor einigen Tagen über die tschechische Sozialdemokratie gefällt hat, überlesen. Iener Zeitung, aus der in ihren besseren Zeiten die tschechische Sozialdemokratie vieles gelernt, aber leider rasch vergessen hat.

Protest der deutschböhmerischen Presse. Es wird gemeldet: Sonntag vormittags hielten der Verband der deutschen Zeitungsherausgeber und

einen Sinn? Erwäge, wer zu denken vermag und... einen Sinn? Erwäge, wer zu denken vermag und...

Ischodiosomatistisches Volk, erhalte den nationalen Schild rein!

Das Gesetz über die Arbeitsinspektion.

Montag vormittags trat der sozialpolitische Ausschuss des Wirtschaftsausschusses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Winter zusammen...

Dagegen weist der Entwurf auch Vieles auf, was die Kritik der Vertreter der Arbeiter hervorheben muß. In dieser Hinsicht besprach in der Debatte den Entwurf Genosse Dr. Hahn...

Die Debatte über das Gesetz wurde eingeleitet durch die Referate der Vertreter der verschiedenen Ministerien, deren Ausführungen sich miteinander nicht deckten...

Tages-Neuigkeiten.

Da vorne die Fabrik. Von Erna Büsing. Vor dem Stadtbilde liegt sie, die Fabrik. Herrscher über Existenz, Leben und Tod...

licher Schöpferkraft. Und doch kennen die Menschen keine innere Verbindung mehr mit ihrer Arbeit. Jeder einzelne weiß von sich, ich bin nur das Interesse eines finanzkräftigen Kreises...

Die sind bleich und matt, weil ihre Seelen kranken. Ihre Lebensfreude ist fargelühend, aber tet, wie ein bunter Schmetterling, den man unter Glas spannte und ihn auf einem Schreibeis als Briefbescherer glänzen läßt...

Da vorne die Fabrik, sie arbeitet, tost und schreit und sagt, ich und die Menschen von heute, wir sind eins und als Ganzes bilden wir das Zeitalter des Kapitalismus.

Ein Denkmal für Jaures. Wie das Pariser Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ mitteilt, hat die Gemeindervertretung von Carmaux (Tarn-department) im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen der Region beschlossen...

Das demagogische Treiben der Agrarier. Wir haben schon wiederholt davon hingewiesen, daß die Kapitalgerien unter den verschiedenen Parteien des deutschen Bürgertums in der letzten Zeit immer mehr überhandnehmen...

Der „Bund der Landwirte“ macht nämlich in diesem vertraulichen Rundschreiben an die Kreis- und Bezirksleitungen des Bundes in den schärfsten Tönen Mitglieder und Organisationen darauf aufmerksam, daß sie Entfälschungen und Ausgebungen, welche die Forderung nach der Trennung von Kirche und Staat beinhalten, auf keinen Fall zu stimmen dürfen...

Die Trennung der Kirche vom Staate sträubt. Aus Rücksicht vor allem auf die Wählerchaft, die ja zum guten Teil in allen bürgerlichen Parteien kirchlich gesinnt ist, werden in dieser Frage sowohl die Agrarier als auch die Deutschnationalen...

Lehre ziehen: sie steht mit ihrer alten programmatischen Forderung nach der Trennung von Staat und Kirche heute schon allein und wird diesen Kampf auch weiter, gegen das gesamte deutsche Bürgertum in diesem Sinne, allein führen müssen.

Goethe im „Tag“. In den großen Heiligen des Duxer „Tag“ gehört natürlich auch Goethe. Das gehört sich für ein „deutsches“ Blatt und ist freilich nur solange möglich, als der Herr Schriftleiter — Goethe nicht kennt...

Die vier beschwerlichen Dinge. Vieles kann ich ertragen, die meisten beschwerlichen Dinge. Duld ich mit ruhigem Mut, wie es ein Gott mir gebet; Wenige sind mir jedoch wie Gift und Schlange zuwider: Bier! Rauch und Tabak, Wanzeng, Knoblauch und Jud!

Zo, und nun ist Goethe, der Salenkreuzler, fix und fertig. Tatsächlich aber zitiert der „Tag“ oder sein Gewährsmann Goethe nur, um ihn zu fälschen und um ihm die eigenen Rasterreueleien anzudichten...

Was das Kreuz bedeutet, bleibt jedem Leser zu erraten überlassen. „Jud“ schrieb Goethe jedenfalls nicht, weil er gar nichts hingeschrieben, sondern nur ein + hingemalt hat.

„Mit rückwirkender Kraft“. Der Entwurf des „Schutzgesetzes“ statuiert die Bestimmungen über Einordnung eines Regierungsmittels „mit rückwirkender Kraft“ aus. Das ist berart Ruß in den Ehren unserer Väter, daß sie den Entwurf schon einem angenommenen Gesetz gleichstellt und die Rückwirkungsfrist gleich auf alle „Verbrechen“ ausdehnt...

Verurteilung vom Klassenkampf. Unsere Leser werden nach diesem Titel schließen, daß es sich um einen schlechten Scherz handle. Nein. Eine Verurteilung vom Klassenkampf ist tatsächlich erfolgt worden und zwar — na, wo denn anders? — bei den Kommunisten...

Ausschluss von Mitgliedern. Es wurde genehmigt, daß H. Völschel, Mitglied der Lokalorganisation in Laun, auf ein Jahr außerhalb der Partei gestellt wurde.

Die kommunistische Partei hat also für Mitglieder, die sich etwas zuschulden kommen lassen, gewissermaßen die Rechtswohltat der bedingten Verurteilung ohne Unterschied der Partei gegen die Trennung der Kirche vom Staate sträubt.

Eine Abfuhr der Kommunisten. Aus Freudenthal in Schlesien wird uns geschrieben: Am letzten Sonntag sprachen hier im überfüllten Arbeiterheim die Genossen Hübl und Rother über

„Die Mängel der sozialen Gesetzgebung“ und über „Unseren Kampf gegen ein Elendsdasein“. Das Interesse an dieser Versammlung war so groß, daß sich daran auch die Arbeiter aus Lichterwold, Künau und Spillendorf beteiligten...

Das Land der Orden. Aus Belgrad wird geschrieben: Zur Zeit, als noch König Milan im alten Königreich Serbien daszepter führte, waren die serbischen Orden stark entwertet...

Das Zentralbüro für das internationale Arbeiterbildungswesen. Der Pressedienst des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilt mit: Die erste internationale Konferenz für Arbeitererziehungswesen (Brüssel, August 1922) richtete an die Arbeitererziehungsorganisationen einen Appell...

Das Hiesinger Parthotel in Wien abgebrannt. In der Nacht vom Sonntag auf Montag ist, wie aus Wien gemeldet wird, das Hiesinger Parthotel vollständig abgebrannt. Das Feuer entstand jedenfalls durch Kurzschluss und ergriff, vom Dachstuhl ausgehend, bald die oberen Stockwerke des Hotels...

Betriebsunfall in den Kladnoer Eisenwerken. Der Arbeiter Karl Lieberzell aus Kladno reinigte in den Kladnoer Hüttenwerken einen Kessel, wobei er in den Kessel hineinkam. Während seiner Arbeit plopte plötzlich eine Röhre, durch die der zu reinigende Kessel mit einem im Betrieb befindlichen Kessel in Verbindung stand...

konnte. Lieberzeli starb kurz nach seiner Entlassung ins Krankenhaus.

Eindreherschlag in Teplitz. Der Drogerist Alois Weiß überfiel in der Nacht zum Samstag zwei Kaszianer in seinem Geschäft, die auf der Flucht einen Schuß gegen Weiß abgaben. In einer Straßengasse stellten sich die Eindreherschläger zwei Wachen in der Weg, die von den Eindreherschlägern gleichfalls durch Revolvergeschosse bedroht wurden. Auf der Drehschleife im Rudolfsgäßchen konnte endlich einer der Eindreherschläger festgenommen werden. Von dem anderen fehlt jede Spur. Die Eindreherschläger hatten in der Drogerie bereits die große eiserne Kassa angebohrt, um die Schlösser bloßzulegen.

Leichenfund in Eger. In der Nähe der Neumannschen Badeanstalt in Eger wurde die Leiche eines Mädchens aus der Eger gezogen, in der man die seit Mitte Jänner abgängige Anna Pichl aus Oberdorf bei Franzensbad erkannte. Anna Pichl ist höchstwahrscheinlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen.

Die Amtsstunden bei den Prager Gemeindefürsorgern am Begräbnistage Dr. Maslins. Die engere Verwaltungskommission von Groß-Prag hat beschlossen, daß am Mittwoch nur bis 12 Uhr mittags amtiert wird. Für besonders dringende Angelegenheiten sind eigene Inspektionen errichtet worden.

Die „Konsumgenossenschaft“ vom 15. Feber 1923 hat folgenden Inhalt: Herunter mit den Preisen! (Eine Interpellation des Abg. Dietl.) Ausbeutung der Konsumenten. Von P. m. — Freiwille: Ethik und Genossenschaftsbewegung. Von Andreas Puflovich jun. (Prag). — Die Sprache des Konsumgenossenschaftlers. Von Hanns Wittl (Prag). — Die Anfänge der deutschen Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei. Von Josef Kron. Fortsetzung: 2. Schwierigkeiten und Erfolge. — Aus der russischen Genossenschaftsbewegung. (Von der Prager Vertretung des „Zentrososus“). — Redebestimmungen: Die Frau und die Genossenschaftsbewegung. (Aus dem „Genossenschaftlichen Redner“). — Ferner die reichhaltigen Rubriken: Vom Tage. — Aus den Konsumvereinen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Antilindigungen der Konsumvereine. — Geo-Inferat.

Ido-Sprachkurs an der deutschen technischen Hochschule. Im heurigen Sommersemester wird Hr. Prof. Dr. A. Stör an der deutschen technischen Hochschule in Prag mit Erlaubnis des Professorenkollegiums einen Lehrkurs der Welthilfssprache Ido abhalten. Die erste Vorlesung — ein Vortragsvortrag über den Unterschied zwischen Ido und Esperanto — beginnt am Mittwoch, den 20. Feber, um 7 Uhr abends im Hörsaal, Ronovitzgasse 22, zu ebener Erde, und ist frei zugänglich. Die weiteren Vorlesungen werden, eine Stunde wöchentlich, nach Uebereinkunft abgehalten werden.

Doppelselbstmord. Zwei junge Leute, die in einem Reichenberger Hotel abgestiegen waren, fand man am Morgen als Leichen auf. Der Schütze nach hatte der junge Mann, in dem der 23 Jahre alte Handlungsgehilfe Ottomar Sebl aus Neubudzon sichergestellt wurde, zuerst seine Begleiterin durch zwei Schüsse in die Herzgegend getötet und dann selbst seinem Leben durch einen Schuß in die rechte Schläfe ein Ziel gesetzt. Als Waffe diente eine Rauserpistole. Auf einem zurückgelassenen Zettel teilten die Beiden mit, daß sie beschlossen hätten, gemeinsam aus dem Leben zu gehen und daß sie auch gemeinsam begraben sein möchten. Die Identität der Frau, welche einen Ehering am Finger trug, konnte noch nicht festgestellt werden, den Zettel hatte sie mit „Ramilla“ unterzeichnet.

Ein betrügerischer Vorstand eines Konsumvereines. Der Vorstand des Konsumvereines in Klado, der 45jährige Franz Prozel verurteilt dem Kladoer Konsumverein 44.000 K und verschwand. Gestern wurde Prozel in Prag verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

Selbstmord. Gestern früh wurde der 18jährige Maschinengehilfe Karl S. im Klosett seiner Wohnung in Prag III. erhängt aufgefunden. Das Motto der Tat ist Lebensüberdruß.

Verhaftung von Kassenbrechern. Ende November wurde die Kassa des Postamtes Hohenmuth ausgeraubt. Diefelben Eindreherschläger haben dann am 6. Dezember die Kassa des Postamtes in Reubidsov auszulündern versucht. Sie wurden jedoch durch den zufällig zurückkehrenden Postmeister verjagt. Der Gendarmerie ist es kurz darauf gelungen, den 24jährigen Anton Vysat aus Jugoslawien festzunehmen. Am 12. Feber nahm dann die Gendarmerie ein weiteres Mitglied der Posteinbrecherbande den Bruder des Franz Vysat, der sich Alexander Sifora nennt in Mähren fest. Die beiden Brüder haben bereits in Jugoslawien und in der Slowakei eine Reihe von Kassenbrüchen verübt. Ein dritter Eindreherschläger wird noch gesucht.

Kleine Chronik.

Brand des New Yorker Irrenhauses.

New-York, 18. Feber (Havas). In der hiesigen Anstalt für Geistesranke, in welcher sich 7000 Kranke befinden, ist ein Brand ausgebrochen. 22 Kranke und 3 Pflegerinnen sind verbrannt.

New-York, 16. Feber (Havas). Der bereits gemeldete Brand in der Irrenanstalt dehnte sich so rasch aus, daß viele in Sonderzellen eingeschlossene gefährliche Kranke nicht gerettet werden konnten. Die Katastrophe soll durch einen Fehler der elektrischen Einrichtung verschuldet worden sein. — Ein anderer Brand vernichtete vollständig Cosmoopolitan Film Studios gegenüber der Irrenanstalt. Der Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt.

Entgleisung des Schnellzuges Paris-Strasbourg.

Paris, 19. Feber. Der Schnellzug Paris-Strasbourg ist bei Chateau-Thierry in der Nähe von Epernay gestern abends 10 Uhr mit einem anglerenden Güterzug zusammengefahren. Der Zusammenstoß war so heftig, daß viele Personen verletzt wurden. Man zählte bisher 10 Tote und 35 Verletzte.

Ein Todeschiff. Reuter meldet aus Konstantinopel: An Bord des Transportschiffes „Thomias“ sind von 4500 Flüchtlingen aus Rowros 800 an Pocken, Typhus und Cholera gestorben. Die meisten der Opfer waren Griechen.

Gerichtssaal.

Der Gatte durch den Geliebten erschossen.

Für der Strafkammer des Berliner Landgerichts 2 hatte sich diese Tage der Kassier Gustav Hahn wegen fahrlässiger Tötung, begangen an dem Gärtner Gehecke, zu verantworten. Der Gärtner Gehecke, ein 64-jähriger Mann, wurde vor einiger Zeit von seiner 40-jährigen Frau aus der Wohnung hinausgeworfen, da sich die Frau ihren Liebhaber zu sich in die Wohnung nehmen wollte. Gehecke kam aber immer wieder aus Liebe zu seinen Kindern in die Wohnung, wobei er mit dem Liebhaber seiner Frau — dem Kassier Gustav Hahn — in Auseinandersetzungen eine Zeit lang die Anwesenheit der Frau in der Wohnung hinderte durch einen Revolverbeschuss in die Brust getötet. Hahn erklärte, daß er in Notwehr gehandelt habe und daß ein Schuß losgegangen sei, als er Gehecke zur Tür hinausdrängte, die durch die Türöffnung hindurch den Ehemann in die

Brust traf. Hahn, der auf die Frau und deren Kinder einen großen Einfluß ausgeübt hat, wurde wegen fahrlässiger Tötung zu einjährig Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine Kindesmörderin

Prag, 19. Feber. Das beim Selchermeister Herdlin in Prag-Buchrad angestellte Dienstmädchen Volena Trzel aus Horie hatte mit ihrem verheirateten Brotherrn ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Als die schwere Stunde des Mädchens am 20. Dezember kam, war es allein zu Hause und gebar einen Jungen, der ihr, die sich in ihrer Verlassenheit nicht viel helfen konnte, nach der Geburt in ein Wasserschiffel mit schmutzigem Abwaschwasser fiel. Volena Trzel, die nach ihrer Angabe der Meinung war, daß das Kind tot sei, nahm es aus dem Schüssel heraus, wickelte es in Zeitungspapier und steckte es in die Ofenröhre, worauf sie im Ofen Feuer machte.

Sowohl der Tatbestand der Anklage als auch über die Nachforschungen der Polizei, die ein entsetzliches Bild der ganzen Kindesmordtragedie, enthüllen, heißt es in der Anklageschrift dann weiter: Die Jungin Barbara Ortner hat sich der Trzel angetragen, ihr Hilfe zu holen, und sie ging dann auch in das Geschäft zur Frau Herdlin, um sie auf den verzweifelten Zustand ihres Dienstmädchens aufmerksam zu machen. Frau Herdlin gab der Jungin jedoch schroff die Antwort: Da kann ich nichts dafür! Was sich die Volena angedacht hat, das wird sie jetzt haben.“ Die Jungin Ortner verständigte daraufhin die Rettungsgesellschaft und eilte zur Trzel, die sie auf einem Stuhl sitzend vorfand. Zuerst glaubte die Jungin, daß sich die Trzel des Kindes durch Abreibung erledigt habe, doch als sie aus der Röhre des geheizten Ofens ein Kinderwimmern vernahm, wurde es ihr zur furchtbaren Gewißheit, daß die Trzel ihr Kind nach der Entbindung habe ermorden wollen. Nach längerem Sträuben nahm dann die Trzel das Kind aus der Ofenröhre heraus. Auf der mit schweren Brandwunden bedeckten Körper des Kindes haften noch die Ueberreste des verfaulten Zeitungspapiers, in den er gewickelt war. Eine weitere Jungin, Irma Janacek, die kurz nach der Entbindung ins Zimmer getreten war, hat das Kind im Wasserschiffel liegen gesehen. Sein Kopf war in das Schmutzwasser eingetaucht gewesen. Die Mutter und das Kind wurden von der Rettungsgesellschaft in die Gebärabteilung des allgemeinen Krankenhauses gebracht, wo das Kind, das nach dem Urteil der Ärzte gesund und lebensfähig zur Welt gekommen ist, am Mittwoch desselben Tages seinen Verletzungen erlag.

Heute hatte sich Volena Trzel vor den Prager Geschworenen wegen Kindesmordes zu verantworten. Die Geschworenen nahmen an, daß sie den Mord in unzurechnungsfähigem Zustande begangen hat und verurteilten mit 7 Stimmen die Schuldfrage. Die Angeklagte wurde darauf freigesprochen.

Nachspiel zum Vaeranprozeß.

Die Verhandlung gegen Marie Hosten.

Prag, 19. Feber. Marie Hosten, die Mandantin des Advokaten Dr. Golles aus Bräun, der bekanntlich die Verteidigung Dr. Vaerans im Spionageprozeß führte, wird sich am 13. März vor einem Strafamt des OGH. Sporell wegen falscher Zeugenaussage zu verantworten haben. Marie Hosten ist in die Koffergeschichte des Juristen Schwabe verwickelt und hat bei der Verhandlung vor den Prager Geschworenen über ihre Nachforschungen nach dem Koffer in der Bräuner Bahnhofsgarderobe andere Auslagen gemacht als bei der Polizeidirektion in Bräun. Sie wurde deshalb über Antrag des Staatsanwaltes wegen Verdachts der falschen Zeugenaussage damals aus dem Schmutzschiffel dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der sie verhaften und vor kurzer Zeit nach beendetem Untersuchung wieder auf freien Fuß lassen ließ.

Verfälschte Valutabetrügereien.

Prag, 19. Feber. Der Exporteur Jaroslava Krizek, dessen Firma mit Litauen Handelsbeziehungen betreibt, hatte sich vor einem Strafamt des OGH. Pudil wegen Verbrechens der Verleitung zum Diebstahl zu verantworten. Krizek kam vor den Weihnachtsfeiertagen zum Direktor der Druckerei Haase, Fleischmann und dann zum Beamten Stupka, stellte sich den beiden als Herr Krizus vor und knüpfte mit ihnen Verhandlungen über den Kauf von litauischen Rubeln an. Das litauische Geld wird nämlich in der Druckerei Haase hergestellt und dann in plombierten Waggons unter Begleitung einer Kommission und des Beamten Stupka nach Litauen geschickt, wo es eine dazu privilegierte Fabrik zur Ausgabe bringt. Da die litauische Krone im Verhältnis von 1 : 380 zum litauischen Rubel steht, herrscht nach dem litauischen Geld natürlich eine rege Nachfrage. Fleischmann und Stupka hielten Krizek (rechte Krizek) für einen agents principal und ließen ihn verhaften. Bei der Verhandlung suchte Krizek die Anklage dadurch zu entkräften, daß er angab, er hätte nur feldbrüder litauischer Rubel haben wollen, die er seinem Verwandten Jelit für eine Sammlung verfordern sollte. Das Gericht schenkt den Ausführungen des Angeklagten wenig Glauben und verurteilte ihn zu sechs Wochen schweren Kerkers Gees eine Kaution von 200 Dollar wurde Krizek auf freien Fuß gesetzt und ihm ein Strafausschub bewilligt.

Ballmatterschaft und Sozialpolitik.

Die Arbeits- und Konsumkammern.

Das Gesetz über die Arbeits- und Konsumkammern ist bereits fertiggestellt. § 1. Zum Zwecke der ständigen Fürsorge für die Konsumkammern, welche selbständig weder produzieren, noch Handel treiben, wie auch zum Zwecke der Bewertung der Arbeit, der Erleichterung der Produktion und des Schutzes der Arbeitenden und der Harmonie zwischen Arbeit und Verbrauch werden errichtet: a) Landeskammern für Verbrauch und Arbeit, b) Landeskammern für Verbrauch und Arbeit, c) eine Reichskammer für Verbrauch und Arbeit. Alle Kammern mit zwei Sektionen für Verbrauch und Arbeit. § 2. Für den Bereich jedes Landes wird am Sitze der Gauämter eine Kammer des Verbrauches und der Arbeit mit zwei Sektionen errichtet: a) zum Schutze der Interessen der Verbraucher, b) für die Arbeit und ihre Bewertung.

§ 3. Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Länder werden in den Landeshauptstädten Landeskammern des Verbrauches und der Arbeit mit zwei Sektionen für den Verbrauch und die Arbeit errichtet.

§ 4. Zum Zwecke der Erreichung der Harmonie vom gesamtstaatlichen Standpunkt aus, wird für Fragen des Verbrauches und der Arbeit, wie auch zur Vertretung und Verteidigung der Interessen der Verbraucher und der Zentralämter eine Reichskammer des Verbrauches und der Arbeit errichtet, mit dem Sitze in Prag, als selbständige Institution, die sich organisch an ein Ministerium anschließt.

§ 5. Die Kammern des Verbrauches und der Arbeit sind öffentliche und sich selbst verwaltende Korporationen, die den Zweck haben, die sozialen und materiellen Interessen der Verbraucher und der für Lohn Arbeitenden zu vertreten und zu verteidigen.

Im § 6 des Gesetzes werden die Aufgaben der Konsumkammern aufgezählt. Unter anderem haben die Konsumkammern die Aufgabe, die Inlandspreise im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen zu regeln, den Außenhandel zu befähigen, den Kartellen und Syndikaten entgegen-

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (7)

Ernst kümmerte sich nicht um die vier Mädchen in der Laube. Er guckte angestrengt zum Himmel und warf Otto patzig hin, mit Mädchen spiele er nicht. Otto rieb sich verlegen die Hände und dachte nach, wie der Vär zu fixen wäre. Ernst storchte indessen gelangweilt durch den Garten, fest entschlossen, nicht mitzutun, wenn Mädchen dabei sein sollten. Ein Bündel Kartoffelkraut flog ihm ins Gesicht, und als er wütend schrie, sah er ganz nahe vor seinen Augen ein weiches, sanftes Mädchenesicht. Die lustigen redbraunen Augen schauten jetzt leicht betreten. Ernst schnitt auch ein zu sanftes Gesicht. Zur rechten Zeit tauchte Otto auf und stellte seine Schwester Gertrud vor. Der hübsche, muntere Backfisch ging schnippsch in eine Kniebenge, wobei die Augen fest auf Ernst zielten, wirbelte dann auf dem sterblichen Absatz um die Achse und flog fallerleicht zu der anderen Gesellschaft. Nun schien es Ernst doch, als hätte er just keine sehr glückliche Rolle gespielt. Verärgert stopfte er beide Hände in die Taschen und blieb breittupig vor Otto stehen.

An den Spielen beteiligte sich Ernst nicht. Er hätte am liebsten gehaut, weil er sich selbst ausgeschlossen hatte. Doch jetzt nachgeben, wäre ihm wie elender Verrat erschienen. Die anderen nexten und hänselten, konnten aber den Stock nicht bewegen.

Als die Dämmerung anhub, häufte die Gesellschaft Kartoffelkraut und zündete den Haufen an. Der eckig beizende Rauch kroch am Boden hin und zog laue, läche Fäden durch die Bete. Otto als Gymnastik wußte um die Geschichte des Nicius Sedula, der seine Hand ins Feuer hielt, bis sie verkohlt war. Nicius forderte er zur Nachfolge dieses erhabenen Beispiels auf. Die vier

Gespielen Ottos schauten bedenklich. Ernst lächelte höhnisch, verfränte die Arme über die Brust und wippte in den Hüften. Das waren schon die rechten Zeichen, die mit Mädchen spielten. Er wollte ihnen aber zeigen, was ein Mann ertragen müsse, der in zwei oder drei Jahren mit dem „springenden Fische“ auf die Büffelrod rit. Ernst las eifrig Indianergeschichten und war gerade ausgelegt zu einer Probe stumpsinnigen Heldentums. Stuppte also die Arme hoch und reichte die Hand über die Blut des niedergebrennten Straußhaufens.

Ernst dachte sich bei der ganzen Sache nichts. Wie oft hatte er schon ähnliche Proben ausgetan, sich tätowiert mit Stednadeln und Kienruß in die Zeichnung gerieben, am Winterpfahl gehangen und starre Gesichter geschnitten, wenn die Schläge auf die Fuchshäute klafften. Daran dachte Ernst jetzt und hielt die Handfläche regungslos über die Blut. Es prickelte und brannte höllisch, und die Linien um Ernstens Mund wurden schwarz, als wären sie mit dem Graßhüchel gearbeitet. Zwei braune Mädchenaugen ruhten dunkel und hart auf seinem Gesicht. Ein fast grauerer Zug spielte lächelnd um den Rindermund, und Ernst ahnte, dieser Mund würde jetzt gleich laut aufschreien, wenn nur das kleinste Zeichen von Schwäche dazu Ursache gab. Ernst schloß die Augen, atmete tief und senkte langsam die Hand auf die Blut. Bevor er sie noch berührte, wachte Ernst den Arm heftig zurückgerissen. Das Mädchen sah in Ohrenden an. Das Funkeln ihres Auges verlor sich ihm in der schwerwichtigen Welt des Augenblicks verband, und ein sonstiger, schärferer Ausdruck stellte sich ein. Ernst aber wachte offen Froh und Groll in sich schmelzen. Wenig hätte gefehlt, und er hätte geweint.

Das herblich sanfte Lied der Sonne klang ob. Hinter den Türmen der nahen Stadt verhallte jartes Abendrot. Eingehakt gingen die Kin-

der heimwärts, Ernst und Otto voraus, die Mädchen tuschelnd hinterdrein.

Manchmal sah Ernst verstohlen zurück und suchte Gertruds Augen. Sie glänzten ganz sanft und jählich und spiegelten den weichen Schin des abendlichen Himmels wieder.

Ernst lebte in seinen Grundfesten seines Gemüts. Der sichere Bau des Knabenlebens wankte. Vorstellungen stürzten ein und erschlugen im Fallen alle mühsam errichteten Stützen der jungen Welt. War er denn bis jetzt taub gewesen? Stimmen riefen sich in ihm erkennend an, die lange stumm gerast hatten.

Ernst schlang sich aus allen Schranken seiner Welt. Er raffte das Blaue von unbekanntem Himmeln, stahl Sterne und Sonnen und schuf sich eine Erde ganz aus eigenem Stoff.

Bei guter Laune hatte er schon früher zum Gaudium der Klasse geremmt. Er hatte mit Worten gespielt und staunte oft, wenn er sah, wie sich verwandte Worte finden, ohne daß Verbund die Wege weisen muß.

Jetzt aber dicitete Ernst voll verbissener Hartnäckigkeit. Er schloß die Augen, um seine nächsten Pflichten nicht zu sehen, rennte, die Nase hoch in der Luft, wunderlichen Schatten nach und hielt Zwiesprache mit dem Wind, dem guten Mond und allen Gestirnen, die im Befenslofen schafften.

Die Schule konnte ihm da nur Demutnis sein. Er kümmerte sich keinen Deut um Aufgaben und Penziffe, sah von innerlicher Unrast gepeinig, die langweiligen Stunden ab und warf die Bücher in die Ecke, wenn die Schulstunde enderschlagen hatte. Die Eltern trauten ihm unbedingt. Sie verstanden gar nichts von Aufgaben und Penzuren und glaubten gern, Ernst schreibe einen deutschen Aufsatz, derweil er einen Reim suchte zu einem neuen Einsfall. kamen sie am Abend tödliche heim, so waren sie froh, von Ernst nicht geplagt zu werden mit Fragen und Bitten. Sehr stolz auf den klugen Sohn, hielten sie sich

selbst für dümmere, als einem Verhältnis von Eltern und Kind zuträglich ist und dachten nicht daran, einmal auch die Wege des Knaben zu begreifen.

Serliches Schlendern im andbrechenden Abend durch die Straßen der großen Stadt, die heilloscher und irrealischer werden, je weiter das Licht entweicht! Ernst stand an der Aufschlagstule, den Rücken der Gaslaterne zugekehrt und starrte unverwandt nach den Fenstern des anstehenden Bürgerhauses gegenüber. Dort wohnte Gertrud. Wie mußte das Licht in der Wohnung aufgehen. Man konnte da manchmal Schatten hinter den Vorhängen sehen, und es war schwerlicher Genuss, aus den Umrisen eine Gestalt zu suchen.

Was Gertrud jetzt gerade tat? Wo lag eben ihre Hand? Ernst wünschte jeden Abend schulis, von dieser Hand berührt zu werden. Gegenstand ihres Zimmers zu sein, beneidenswertes Los! Ob sie auch im gleichen Zimmer mit Vater und Mutter schlief? Vielleicht würde sie sich gerade ausziehen. Sie mußte schlafen und weich sein, so schlaf und weich wie die Nigur, die Ernst heute in der Kunsthandlung gesehen hatte. In den Groschenheften ist zu lesen, daß der Räuberhauptmann in die Kammer der Gräfin geht. Was die da drinnen wohl tun mögen? Denn er doch jetzt auch mit Gertrud allein in der Kammer wäre...

Erregt atmete Ernst bei diesem Gedanken auf. Zonderbar, dieses Tanzen in den Ohren und Klammern vor den Augen! Was ein Gespenst eben vorbei? Er hatte doch ganz deutlich Gertrud gesehen, im Hemd, nein... ganz naht... Dunne Gedanken, was wollte er denn von dem Mädchen? Mädchen sind doch alle entsetzlich dümm und haben lange Böpfe. Nein, Marie da wieder eine Stimme, Gertrud ist gar nicht dümm. Sie ist ein schönes, schlafes Mädchen und verdient, daß man ihr den Mond zu Füßen legt.

(Fortsetzung folgt.)

zutreten, den direkten Ankauf zu organisieren. Ihre Vertreter in die Beratungskörper zu entsenden, in denen Konsumfragen berührt werden, die allen Maßnahmen, die im Interesse der Konsumenten liegen, mitzuwirken und schließlich konstituierenden Interessen (z. B. die der Mieter und der Bau- genossenschaften, die der Verbrauchergenossenschaften und der Gewerkschaftsorganisationen) auszu- gleichen und einander näher zu bringen.

Im § 7 des Gesetzes werden die Aufga- ben der Arbeitskammern festgelegt. Sie haben folgendes zu tun: 1. Die sozialpolitischen Voraussetzungen besserer Arbeitsverhältnisse zu schaffen. 2. Eine Regelung der Arbeits-, Lohn-, Wirtschafts-, Kultur- und Wohnungsverhältnisse. 3. Feststellung des Wertes der Lohnarbeit. 4. Aufsicht über die Einhaltung der auf den Schutz und die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten be- zügnehmenden Rechtsbestimmungen. 5. Aufsicht über die Einhaltung des Gesetzes über die Nacht- arbeit und über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen. 6. Vermittlung bei Streiks und Aussper- rungen, deren mögliche Verhütung. 7. Vermittlung in Streitfällen zwischen Arbeitnehmern und Ar- beitgebern. 8. Ausgleiche der einander wider- strebenden Interessen einzelner Branchen. 9. Auf- rechterhaltung der Ruhe und Arbeit in den Be- trieben. 10. Aufsicht über die Erfüllung der ge- setzlichen Schutzbestimmungen. (Sicherung der Maschinen, Beseitigung jeder gefährlichen Arbeits- art, Aufsicht über die Verarbeitung schädlicher Rohstoffe und gefährlicher Rohstoffe.) 11. Vorbeu- gung der Gefährdung der öffentlichen Interessen, sowie der Gefährdung von Gesundheit und Le- ben der Angestellten und Arbeiter. 12. Unter- suchung von Unfällen. 13. Mitwirkung bei der Sozialversicherung. 14. Schaffung von Kollektiv- verträgen. 15. Beteiligung in den Paritätskom- missionen. 16. Beteiligung bei Enqueteen, die die Arbeitergesetzgebung überhaupt betreffen. 17. Be- teiligung an den Konsolidierungskommissionen. 18. Unterstützung und Erleichterung der Erzeugungs- verhältnisse durch Verfolgung neuer maschineller Einrichtungen und der Erzeugungsmethoden des Auslands. 19. Mitwirkung bei den hygienischen und Sicherheitsmaßnahmen der einzelnen Be- triebe. 20. Zusammenarbeit mit den Gewerbe- inspektoraten.

Was hat Deutschland bisher geleistet?

Ueber die Höhe der finanziellen und sachlichen Leistungen Deutschlands durch Ausführung des Friedensvertrages beschreiben vielfach unklare Vor- stellungen. Es ist bekannt, wie insbesondere in denjenigen Ländern, deren Regierungen ihre macht und wirtschaftspolitischen Ziele hinter „ab- sichtlich Verhehlungen“ Deutschlands in der Re- parationsfrage zu verstecken suchen, die Legende der Verbreitung und Glauben findet, Deutschland habe seit Kriegsende wenig oder so gut wie nichts geleistet. Eine lügnische Propaganda beutet diese Legende aus, und es ist deshalb von Wert, eine Zusammenstellung zu bringen, die einen ge- nauen Ueberblick über die tatsächliche Höhe der deutschen Leistungen und Lieferungen jeglicher Art gemäß dem Friedensvertrag, seinen Vorver- trägen und zusätzlichen Abkommen für die Zeit vom 11. November 1918 bis 30. September 1922 gewährt. Es sollen dabei in runden Ziffern nur die wesentlichen Leistungen wiedergegeben wer- den. Aber gerade sie geben, aneinandergereiht, eine Anschauung von den riesigen Summen die der deutschen Volkswirtschaft für Reparations- zwecke entzogen sind.

Deutschland hat in dem angegebenen Zeitraum in Goldmilliarden geleistet:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten (einschl. Oberschlesien) ~ 5.6, Saargruben ~ 1.0, Militärische Rücklaggüter (West- front) ~ 1.9, Rollendes Eisenbahnmateriale und Kleinbrücken ~ 2.3, Seeschiffe und Binnenfahrzeuge ~ 8.0, Kohlen und Holz (Weltmarktpreis) ~ 2.3, Liquidiertes deutsches Eigentum im Ausland ~ 11.7, Abgetretene Forderungen des Deut- schen Reiches an seine ehemaligen Kriegsverbindeten ~ 8.6, Zahlungen einschl. Ausgleichs- zahlungen ~ 2.7, Sonstige Leistungen und Lieferungen jeglicher Art ~ 2.5, Deutschlands Gesamtleistungen ~ 45.6.

Mit Einschluß dieser Ausgaben ergibt sich als Gesamtsumme der deutschen Leistungen und staat- lichen Verluste ein Betrag von 56,5 Milliarden Goldmark (in Papiermark umgerechnet bei einem Dollarkurs von 20,000 gleich 282,5 Billionen Mark), wobei es noch der Feststellung bedarf, daß in diese Summe der Wert von Esch-Lothringen (von amerikanischer Seite auf mehr als 20 Mil- liarden Goldfranken geschätzt) sowie der Wert der Deutschland entzogenen Kolonien nicht eingerech- net ist. Unter Hinzurechnung dieser Werte erhöht sich die Gesamtleistung Deutschlands auf über 100 Milliarden Goldmark.

Angesichts dieser ungeheuren Leistungen, wie sie noch kein Volk jemals in der Geschichte auf-

gebracht hat, haben Frankreich und Belgien den Mut gehabt, infolge des verschwindend geringen Rückstandes an Holz und Kohle von „abschließlichen Verhehlungen“ Deutschlands zu reden, wegen die- ser angeblichen Verhehlungen den Einbruch ins Ruhrgebiet zu unternehmen und deutsches Land im Frieden zu besetzen.

Aus der Partei.

Jugend' e vegung.

Die Gründung der Ortsgruppe Prag. Samstag, den 17. Feber, fand die Konstituierung des vor- bereitenden Ausschusses zur Gründung einer Orts- gruppe Prag des Sozialistischen Jugendverbandes statt. Alle Anwesenden sind an Genossen Richard Schwarz, Prag 2, Havliczkova nam. 32 zu richten.

Kunst und Wissen.

Manon. Neues deutsches Theater. (Fünfte Arbeitervorstellung des Vereines deutscher Arbeiter, Sonntag, den 18. Feber.) Die letzte Arbeitervor- stellung stand leider unter keinem glücklichen Stern. Wenn es schon nach der Meinung der Bühnen- leitung unumgänglich war, daß dem für jede echte Kunst so empfänglichen Getreuen unseres Arbeiter- vereines eine „Manon“-Aufführung geboten werden mußte, so hatten die den Saal bis aufs letzte Plätzchen besetzt haltenden Hörer ein Anrecht darauf, daß, gleichgültig ob der Opernapparat einige Stun- den später in den Dienst eines berühmten Gastes und eines zahlungskräftigeren Publikums gestellt werden mußte das Werk nicht einfach so herunter- gehudelt werden. (Es wurden gleich ganze Szenen ausgelassen.) Wenn dennoch die Aufnahme bei den Hörern eine beifällige gewesen ist, so war das vor allem auf das Konton der prachtvollen Maria Mü- ller zu setzen, die als Manon Lescaut ihrer brillan- ten Leistung ein eigenartiges Tempo gab und dieses den Mitspielern geradezu aufzwang. Die Herren Kubla, Sternek und Hagen sangen gut und schön; um wieviel mehr zu loben wären sie, wären sie dem Galoppden des Spielleiters nicht gefolgt. Hoffentlich ermöglicht nächstens ein auswahlreicherer Spielplan, daß der langen Reihe in jeder Hinsicht abgerundeter Arbeitervorstellungen weitere Auffüh- rungen folgen, die auf entsprechender Höhe stehen. D. R.

„Die kleine Sänderin“ (Kleine Bühne, Erstauf- führung.) Nun wissen wir, was wir schon längst fühlten, daß sie uns fehlt: die zweite Bühne, auf der ungehindert von dem klassischen Schauspiel und Opernbetrieb — der beinahe bei uns nur Serienaufführungen und Epiken kennt — auch die leichtgeschürzte Muse zu Worte kommt. Um also Abwechslung nach den „täglich“, schon „langwei- ligen“ Goethe, Shakespears, Ibsen, Wagner- Spielen zu bieten, soll nun in unserem Kammer- spielhaus auch das leichte Genre gepflegt werden. Mit Herrn Gilbert ward Samstag begonnen und man wird, wie werden es getrost erleben, uns sicherlich noch intimer kommen und wohl bald, um Champagnerfüßeln versammelt, an anderen Kunst- genüssen erfreuen. . . . Zu der Schmasoprette am Samstag spielte ein Salonkonzert auf. Dem Origin- almexikanischen Lärm auf der Bühne hätte unseres Erachtens ein „Nozzband“ besser entsprochen und wurde außerdem eine moderne Attraktion mehr ge- wesen. Vielleicht erinnert sich die Direktion un- seres Vorlesers, wenn die Damen Gledner, Ferry, Siklosa und die Herren Berger, Gabel und Hörbiger, die mit einer erstaun- lichen Feschheit Opferfreudigkeit den Schmarren be- wältigen, nicht mehr zischen sollten. D. R.

Erster Abend des deutschen Literaturkünstler- ischen Vereines. In einer Begrüßungsansprache, mit welcher dieser Abend eröffnet wurde, erklärte der Obmann des Vereines, Herr Regisseur Demetz, daß die Veranstaltungen und Arbeiten dieses Vereines nichts mit Snobismus zu tun hätten, daß man aber gleichwohl dem lauten Treiben der Menge sich fern- zuhalten gedenke. Die „Menge“ wird sich aus diesem nur scheinbar widerspruchsvollen, an sich aber ganz klarem Bekenntnis zur Elitewirtschaft nunmehr er- klären können, warum solcher Genuss bloß in Freie- oder Smoking aufgenommen werden kann. Im über- gen hat diese Abgeschlossenheit etwas sehr Gutes an sich, da der breiten Öffentlichkeit, an diesem ersten Abend, Röstlichkeiten vorenthalten geblieben sind, welche ein gesunder Organismus gerne verschmähen wird. Das Stück Franz Werfels „Ein Besuch im Elysium“ gehört der irdischen Erde aus des Dichters jungen Tagen an. Es birgt zweifellos echte Werte, so den Aufschwung aus Hiobschmerzen zur Unendlichkeit und den Gegensatz zwischen dem Bürger und den an ihm Lebenden veräußert, sich zum Bühnendrama zu erheben. Die „Erbsenerin“ von Max Brod, eine Heläre, empfängt nur zahl- ungsträchtige, erstklassige Rundschaff, um das zu er- worbene Geld selbstlos zur Gründung einer neuen Gemeinschaft in Zentralasien zu opfern, von wo die Erlösung der Welt ausgehen soll. Die Spitzfindigkeit des Dialogs zwischen der Dirne und dem anfangs etwas blöde erscheinenden, später — wahrscheinlich unter ihrem Einflusse — groß werdenden griechischen Diplomaten wirkt infolge der langen Dauer ermü- dend und rechtzeitig durch nichts als durch seine

Druck- und Verlagsanstalt Gesell- schaft m. b. H. Teplitz-Schönau,

Tischlorgasse 6, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Or- ganisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Her- stellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgleds- büchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fak- turen, Briefpapieren etc in solider und rascher Aus- führung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Undramatik, daß es neben Werfels Einakter gestellt wurde. In beiden Stücken bemühten sich die Darstel- ler, Fr. Boh, Fr. Reiner und Szilina, mehr zu geben, als dichterisch vorgezeichnet war. — Der musikalische Teil des Abends wurde nur zum Teile erledigt. Vielleicht fiel dabei das Wertvollste, Jeminskys neue Lieder, weg. Die „Passaglia“ des Komponisten Felix Petzrek ist kompo- sitionstechnisch bravourös. Wenn aber der Schöpfer in einer Erklärung begründete, daß Meister wie Bach und Händel auch derartige Freude an Kompo- sitionsspielereien gezeigt hätten, so ist darauf zu er- widern, daß sich nicht darin der gewaltige Geist die- ser Großen offenbarte. Herr Petzrek komponiert zu logisch, wobei er unlogisch denkt. Die sieben „Ge- sänge“ Fidalis Finkes versuchen in amerikanisch- rarischem rhythmischen Tempo, eigenartige Stimmun- gen zusammenzufassen, was ihnen besonders im „Nord“ oder „Pierrots Begräbnis“ glückt. Hierauf offenbarte sich aber erst das wahre Gesicht des Abends. Marke: Gesellschaftsabend erster Klasse charakterisiert durch exquisite Vortanzpaare bei den Klängen des Straußschen Donaualzers. Ob die Mittel, die aus diesem Hauptteil des Abends floßen, den Zweck der Förderung wirklicher deutscher Kunst im Lande heiligen, bleibe dahingestellt. O. K.

Neues Theater. Heute Dienstag Gastspiel Max „Don Juan“. Donnerstag Gerhart Hauptmanns wirkungsvolles Drama „Rosa Bernd“ mit Ver- mine Medelsky. Freitag Vorhings Oper „Der Wildschütz“. Samstag Gastspiel Gledner-Scha- gäl „Der Günstling der Karim“. Sonntag halb 11 Uhr Vormittagskonzert. Auf dem Programm Werte von Händel, Debussy, Schönberg, Richard Strauß, Pfitzner, Brahms. Dirigent Travnicek. Sonntag Abend Gastspiel Richard Kubla neustudiert Wilhelm Kienzls beliebte Oper „Der Evange- limann“.

Kleine Bühne. Heute Dienstag das Lustspiel „Casanovas Sohn“. Donnerstag, Freitag und Sonntag Abend „Die kleine Sänderin“. Samstag und Sonntag nachmittag zum ersten Mal die Chetanodie „Ingeborg“ von Kurt Gäh.

Bereinsnachrichten.

Einladung zur dritten Generalversammlung

des Bundes der deutschen Bühnenangestellten in der Tschechoslowakischen Republik.

Die Generalversammlung findet Donnerstag, den 15. und eventuell Freitag, den 16. März 1923 im Deutschen Hause in Prag, Graben 26, statt. Beginn der Beratungen am 22. März 1923 10 Uhr vormittags.

- Tagesordnung: 1. Eröffnung der Versammlung. 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit. 3. Feststellung der Geschäftsordnung. 4. Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Sep- tember 1921 bis 31. Dezember 1922. 5. Neuwahl der Bundesleitung. 6. Verhandlung über eingebrachte Anträge.

Für den Bund: 1446 Der Sekretär: Schejwl. Der Vorstand: Hanouška.

Zentralverband der Angestellten in In- dustrie, Handel und Verkehr, Teplitz- Schönau, Ortsgruppe Prag, Donnerstag, den 22. Feber 1923, halb 8 Uhr abends im „Goldenen Kreuzel“, Prag 2, Metzanla, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Abgeordneten Gen. Hillebrand über „Die Reaktion in Wirtschaft und Sozialpolitik“. 3do-Sprachkurs. Die 1. Vorlesung des 3do- Sprachkurses findet statt Mittwoch Donners- tag, den 22. Feber 1923 statt. Ort: Hirsjnal in der Nowitzkagasse 22. Beginn: 7 Uhr abends.

Stadt- und Dorf- gemeinde fördern

die Verantwortung einer Anmenge von Verwal- tungsträgern. Road's Za- lendenbuch für Kommunal- politiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der

Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau Theresienagasse 18.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckent- sprechend zusammenge- stellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Turnen und Sport.

Batling Siki — Champion von Europa. Der Kongress der internationalen Boxerunion ernannte die Champions Europas und der Welt für die ver- schiedenen Kategorien. Batling Siki wird wie- derum Champion von Europa und Weltmeister für Mittelgewicht.

Fußball vom Sonntag. Prag: DFC gegen Turnverein 1860 Fürtth 13-1 (7-0)! Die hohe Nie- derlage der Fürtther ist auf das glänzende Zusam- menspielen des inneren Trios der DFC-Mannschaft zurückzuführen, das jeden Widerstand der auszeich- net spielenden Fürtther Verteidigung unmöglich machte. Der DFC-Sturm wird durch die Einstel- lung Bobors (früher Teplitzer FK) in der nächsten Zeit eine Durchschlagskraft gewinnen, wie sie kaum eine Mannschaft in Prag heute besitzt. Sparta gegen Brsovice 4-0. Brsovice mit sechs Erstplatzen; Vik- toria Zlitzow gegen Viktoria Weinberge 2-1. — Brunn: Maffosi gegen Morawka Slavia 3-2. — Wien: Meisterschaft: Rapid gegen Hertha 4-3 (2-0), Wader gegen Vienna 2-2 (1-2), WAC gegen Zimmering 2-2 (2-1), Sportklub gegen Rudolfs- hügel 3-1 (2-1), Floridsdorf gegen Admira 1-1 (1-1). — Budapest: UTE gegen Zuglo 5-0 (3-0), MTA gegen Pajas 3-0 (3-0). — Fürtth: Sp. F. Fürtth gegen Fußballvorverein Frankfurt 6-0, 12.000 Zuschauer.

Das internationale Skirennen in Zakopane. Sonntag wurde das internationale Skirennen be- endet. Den Titel des Meisters der polnischen Tatra erlangte Franz Nujal. Die zwei weiteren Plätze der Meisterschaft erlangten Andreas Arzeptowski und Adnar Thörn (Sips).

Die österreichische Skimeisterschaft. Der Wett- bewerb in der österreichischen Skimeisterschaft in Hofgastein hatte folgendes Ergebnis: Meister für Oesterreich pro 1923 Rethy Schreiber (Gur- zel). Zusammen: 1. Peter Radacher (Hofgastein), Sprunglauf 1. Klasse: Erster Peter Radacher (Hofgastein) mit 37 und 42 Meter; 2. Al- teinrich Dinterhauser (Salzburg) mit 36 und 40 Metern. Erste Altersklasse: Erster Hans Rühringer (Wien) mit 36 und 41 Metern. Außer Konkurrenz erreichte Hans Ruder (Graz) im Laufsprung 56 Meter.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Advertisement for Golden Cross Fat. Text: „Goldenes Kreuzel“ für Speisefett. 100% REINES FETT AUS KOKOSNÜSSEN. ERZIELN SIE BEI VERWENDUNG DES SPEISEFETTES. Includes a logo with a cross and a crown.

Vertreter: Siegfried Beck, Prag-Karolinental Hetzinselasse 7. 1437

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschach und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs- und Verlagsanstalt, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Advertisement for Prima Kautschukabsätze. Features a large illustration of a foot in a shoe with a thick rubber sole. Text: „Prima Kautschukabsätze und Kautschuksohlen. Schonen die Nerven, schützen die Füße, heilen spären!“